

Der Steinarbeiter

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Er erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 3 Mark. — In der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig
Gerberstr. 1 IV Viktoriahotel. Fernruf 7503

Schluss des Blattes: Montags, mittig 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die dreispaltige Kleinzeile 2 Mark. — Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 19

Sonnabend, den 7. Mai 1921

25. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Zur Beachtung! Notizen unter dieser Rubrik werden nur dann jede Woche wiederholt, wenn der Schriftleitung bis spätestens Montag früh entsprechende Mitteilung vorliegt.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperre, Streif, Zugang fernhalten“, in jedem Fall Erkundigungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Zahlstelle einzuholen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten eingeht, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

Gesperret:

In den Dorfsprossener Brüchen die Firma Arnold und Söhne. Grabsteingeschäft Fr. Martin in Forzheim. Friedr. Müller, Marmorgeschäft in Karlsruhe. Grabsteingeschäft Reinert, Augsburg-Persee. Marmorgeschäft Paul J. & S., Krefeld. Fa. S. Gauth in Duisburg. Briege b. Breslau (die Betriebe G. Milbner und Grulich).

Streif:

In Stettin. In Zellberg (Schotterarbeiter). In Frankfurt a. M. (Grabmalbranche). In Offen (Steinwerke Jamine). In Kärnten (Grabsteingeschäfte). In Wolfshagen bei Müller u. Cibion und in Wildemann, Firma Rappell u. Co. (Schotter- und Pflastersteinwerke). In Lübeck. In Schlei (Firma Aug. Abel Nachf.).

Zugang ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperre und Streif nach Zittau (Ca). Naumburg, Firma Horn. Kiste (Ar. Hameln). Immendingen (Pflastersteinindustrie Firma Furst b. Fürstberg); nach Jöhnbüren; nach Schreiberhan (Riesengeb.), nach München und Coblenz. Nach dem Freistaat Oldenburg. Stuttgart, Thüringen und Provinz Sachsen (Grubmal—Marmor). Die Arbeitgeber haben der Gewerkschaft mitgeteilt, daß sie den Abschluß von Bezirkslohntarifen ablehnen. Es ist dies ein glatter Bruch des § 5 Ziffer 1. des Reichsarbeitsvertrages vom 15. Oktober 1920. Was würden die Arbeitgeber wohl für ein Geschrei erheben, wenn die Arbeiterklasse einen solchen groben Bruch der Abmachungen sich erlaubte!

Ausland. Die Firma Stoer in Landau (Elsass) ist zu meiden, überhaupt ist von Zugang nach dem Elsass abzuraten.

Erlebte Bewegungen.

Gera. Ein neuer Tarifabschluß setzte die Stundenlöhne für Steinmetzen auf 6,20 M., für Schleifer auf 5,85 M. fest.

Jena. Nach langwierigen Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß und dem Demobilisierungskommissar in Weimar haben nunmehr alle Arbeitgeber den erhöhten Tarif anerkannt. Der Lohn für Steinmetzen beträgt 6,50 M. und erhöht sich am Bau um 30 Pfennige. Kollegen unter 18 Jahren erhalten 5,50 M.

Gr. Kunzendorf-Naasdorf. Erfolg: Erhöhung der Grundlöhne um 22 Prozent.

Regnitz. Erreicht wurde ein Stundenlohn von 5,15 M. für Steinmetzen und 4.— M. für Hilfsarbeiter.

Treffurt. Im hiesigen Kalberl und Steinbruchbetrieb wurden für Steinmetzen und Spezialarbeiter 5.— M., für Osenarbeiter 5,10 M., für Hilfsarbeiter 4,80 M. pro Stunde vereinbart. Der Wochenlohn der Geizer steigt im selben Verhältnis.

Westerbahn und rheinisches Gebiet. Der Bezirkstarif für die Schotter- und Pflastersteinindustrie wurde erneuert mit einer Erhöhung der Stunden- und Akkordlöhne. Die früher üblichen sozialen Zulagen sind zum Teil ganz abgefallen. Für das Crauwaldgebiet ist bisher eine Einigung nicht erzielt.

Wriezen. Die Lohnbewegung in den Orten Freienwalde, Leitschin und Wriezen ist vorläufig erledigt. (Siehe Notiz unter Bekanntmachung der Zahlstellen.)

Fränkisches Mischelfalksteingebiet. In der Lohnbewegungssache fällt der Schlichtungsausschuß Würzburg, am 18. April, folgenden Entscheid: 1. Die Steinmetzen erhalten, und zwar a) die Verheirateten pro Stunde 45 Pf., die Unverheirateten pro Stunde 35 Pf., Zulage; b) die übrigen Arbeiter erhalten, und zwar die Verheirateten pro Stunde 35 Pf., die Unverheirateten pro Stunde 25 Pf., Zulage. 2. Die Akkordhöhung für Steinmetzen wird auf 870 Prozent festgesetzt mit der Maßgabe, daß mit der laufenden Lohnperiode § 5 Ziffer 6 des Reichsarbeitsvertrages vom 15. Oktober 1920, zwischen den Spitzenverbänden abgeschlossene Vertrag in Kraft tritt. 3. Die unter 1. und 2. festgelegten Bestimmungen treten in Kraft mit der laufenden Lohnperiode. 4. Die von dem Arbeitgeberverband auf 31. Mai 1921 ausgeprochene Kündigung des Normaltarifes für das fränkische Mischelfalksteingebiet vom 24. Februar 1921, wird als unwirksam erklärt. 5. Die Abänderung dieses Schiedspruches ist in jeder Richtung bis 31. August 1921 ausgeschlossen. Auf nachträgliche Erklärung der Unternehmer hingestanden sie zu, daß die prozentuale Erhöhung der Akkordsätze bei Räummern, Brechern, Wosierern usw. eine selbstverständliche ist. Die Handhabung ist hier wie bisher, so daß diese Festsetzungen durch freie Vereinbarung erfolgt. (Aufgabe der Betriebsräte § 78 Ziff. 2 des W.G.) Die Annahme des Schiedspruches erfolgte beiderseits.

Durch Wissen zur Freiheit!

„Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein.“ So lehrte Marx und Lausende haben seitdem diesen Anspruch in gläubiger Verehrung nachgesprochen. Und sie waren von der unumstößlichen Wahrheit dieses Ausspruches voll überzeugt und sind es heute noch. An das „Wie“ wurde aber dabei selten gedacht. Ergänzen wir den Anspruch zunächst dahin, daß die Arbeiterklasse, um ihre Befreiung durchzusetzen, sich in den Besitz der Macht setzen muß. Jetzt wird die Frage nach dem „Wie“ schon deutlicher. Viele berufen sich unter proletarischer Machtergreifung die ausschließliche Anwendung der nackten Gewalt, die Weltbewegung der Staatsmacht durch die Revolution im Übergang. Man mag diese Art der Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln des Kapitalismus gelten lassen oder nicht, ja, wir wollen den „Propagandisten der Tat“ entgegenkommen und ihnen zugestehen, daß auch auf diese Weise eine Befreiung möglich ist. Aber auf Majoneten läßt sich nicht gut sitzen und jeder Denkende wird zugeben müssen, daß eine Befreiung, die sich nur auf die Ge-

walt stützt, keinen Dauerwert haben kann. Revolutionen werden wohl immer gelingen, wenn die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen dazu vorliegen. Das lehrt uns die Geschichte. Die letztere lehrt uns aber auch, daß die Errungenschaften aller Revolutionen in jenem Maße wieder verloren gingen, soweit politische Schwäche, Planlosigkeit und geistige Unfertigkeit bei den Revolutionärgeneren vorhanden waren und soweit nicht die Volksmassen die Revolution stützten. Demnach gehört zur „Befreiung“ jedenfalls etwas mehr als die Machtergreifung durch nackte Gewalt. Zur Erläuterung und Nutzenwendung hierzu einige Ausführungen.

Unsere sozialistische Arbeiterpolitik war in der Vorkriegszeit ausschließlich darauf dressiert, die sozialistische Lehre populär zu machen und ihr möglichst viele Anhänger zuzuführen. Etwas weiter begrenzt war der Rahmen unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit, aber auch sie lief in der Hauptsache darauf hinaus, die materielle Lebenslage der Arbeiterschaft zu bessern. Bei der Gewerkschaftsagitatorik wurde hauptsächlich auf diesen Zweck der Gewerkschaft verwiesen, nebenher lief neben anderem der Hinweis auf den befreienden Sozialismus, der als erstrebenswertes Endziel bezeichnet wurde. Gewiß wurde auch darauf hingewiesen, daß Wissen Macht bedeutet und es soll nicht verkannt werden, daß auch in dieser Hinsicht manches geschehen ist und das geistige Niveau eines Teils der Arbeiterschaft durch die moderne Arbeiterbewegung in guter Weise gehoben wurde. Trotzdem bleibt bestehen: Die sozialistische Arbeiterbewegung war in der Hauptsache auf die Agitation eingerichtet. Und auch der Erfolg der freien Gewerkschaftsbewegung im Streben nach Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne war ein gewaltiger. Aber als Ganzes betrachtet, war alles auf den Augenblickserfolg eingestellt, mit einem Wort: Die Arbeiterbewegung bestand in der Hauptsache in agitatorischer Werbetätigkeit und nur vereinzelt war der Sinn gerichtet auf die große Frage: Wie will und wie kann sich die Arbeiterschaft als ausschlaggebende Staatsmacht behaupten, wenn ihr eines Tages die Staatsgewalt zufällt.

Die kümmerliche Art der Behandlung dieser Frage rächt sich heute. Die politische Tätigkeit der Sozialdemokratie bestand vornehmlich in ihren Jüngerjahren ausschließlich in starrer Negation alles Bestehenden, die Gewerkschaften gingen im oberbollen, zerstückelnden Kleinkampf des Tages auf. Obwohl bei den letzteren oft genug auf die höheren Ziele der Arbeiterbewegung, auf frohenenden Proletariats denkende, zukunftsorientierte Menschen zu machen, hingewiesen wurde, blieb dennoch der allergrößte Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter geistig zurück, nur eine geringe Schicht erhob sich zu höherer geistiger Auffassung.

Es handelt sich hier nicht um Vorkürfe, sondern um die Feststellung von Tatsachen. Wir verkenne nicht die Gemütskräfte, die dem geistigen Aufstieg an schwerer Fagazone geketteter Menschen entgegenstehen, aber nicht desto weniger hätte mehr geschehen sollen, man hätte die Geister nicht nur agitatorisch aufrütteln, man hätte ein ganz besonderes Schwergewicht darauf legen sollen, die geweckten Geister höheren geistigen Sphären umfassenderem Wissen in Staatspolitik und Volkswirtschaft zuzuführen.

Im November 1918 war der deutsche Militärstaat zusammengebrochen. Das Proletariat hatte sich der Staatsmacht bemächtigt. Die Sozialdemokratie herrschte fast unumschränkt, die Arbeiterschaft sah in ihr den rettenden Engel aus der jämmerlichen Misere geistlicher und wirtschaftlicher Nöte. Man kann wohl beinahe sagen, daß damals alle Arbeiterherzen für die Sozialdemokratie schlugen. Und alles strömte in die Gewerkschaften, die seit jenen Novembertagen einen nie geahnten Mitgliederzuwachs erlebt haben. Doch dann, als die wirtschaftlichen Nöte nicht nachließen und sich sogar noch verschärfen, ließ auch in weiten Arbeiterkreisen das Vertrauen zur Sozialdemokratie nach, wozu natürlich die politische Zersplitterung dieser Partei auch ihr erhebliches Teil beigetragen hat.

Hier haben wir den Anknüpfungspunkt der Revolutionärsagide. Die Massen wollten materielle Erfolge sehen, sie wollten aus der wirtschaftlichen Not und hatten das gläubige Vertrauen zur Sozialdemokratie, daß sie Unmögliches möglich machen und Berge versetzen könne. Als dies nicht geschah, reirierten die Arbeiter zum Teil wieder ins mit wohlfeilen Versprechungen gespielte reaktionäre Lager oder aber sie glaubten mit brutaler Gewalt das Unmögliche möglich machen zu können.

Aus diesem Vorgang ist eine gute Lehre zu ziehen. Ganz gewiß: Die Sozialdemokratie war damals der Wirtschaftsmisere gegenüber machtlos, die Siegergewalt drückte auf die im Kriege unterlegenen Völker mit aller Schwere und durchgreifende Maßnahmen zur Linderung der Not waren geradezu unmöglich. Aber ebenso gewiß ist auch, daß die breiten Massen der Arbeiterschaft staats- und volkswirtschaftlich völlig ungenügend geschult waren, daß sie die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht begreifen konnten, daß sie dadurch an sich selbst irre werden mußten und wieder in großen Massen jenen zuströmten, die ihnen das Meiste versprachen, ohne zu erkennen, daß diese Versprechungen an den realen Tatsachen jämmerlich zerschellen mußten.

Hier ist Selbsterkenntnis nötig. Was der Arbeiterschaft, was sogar vielen ihrer Führer fehlt, das ist die Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge und Entwicklungsmöglichkeiten. Hierauf wurde in der Vorkriegszeit viel zu wenig Gewicht gelegt. Man hatte sich in der Hauptsache auf das rein Agitatorische und das nackte Materielle festgelegt, Staatswissenschaft und Volkswirtschaftslehre vernachlässigt, nur negiert und kritisiert und weniger darüber nachgedacht, was wohl alles dazu gehört, das Ideal in die Praxis umsetzen zu können. Bei solchen Umwälzungen, sollen sie dauernden Erfolg haben, bedarf es der überzeugten Mitwirkung von breiten Arbeitermassen, die geistig geschult sein müssen, denen höhere Gesichtspunkte innewohnen und die klar das Durchführbare vom Undurchführbaren unterscheiden können.

Nun wohl! Verloren ist bei weitem noch nicht alles. Heute muß und vor allem die Aufgabe zufallen, aus dem bisherigen mehr entgegengogenen Rahmen der Bewegung herauszutreten und unser Volk mit Wissen zu erfüllen im selben flüchtigen Sinne. Dazu bieten die Gewerkschaften, denen heute viele Millionen angehören, und deren Presse die weitestverbreitete ist die beste Aussicht auf Erfolg. Wir müssen professionierte Volkswirtschaftler zur geistigen Mitarbeit heranziehen in Wort und vor allem in Schrift, Kräfte, die in leicht faßlicher Form unsere Arbeitsgenossen in die Staats- und Wirtschaftslehre einführen, über alle Vorgänge auf dem Weltmarkt berichten und auf diese Weise das allgemeine Wissen des Proletariats verbreitern. Vor allem müssen die Betriebsräte in diese Materie einzudringen suchen. Geistige Nahrung muß ihnen bereits geboten, denn ihre geistige Fortbildung ist unumgänglich nötig. Unter keinen Umständen darf ihre einzige Aufgabe sein, gleich einem treuen Wachhund nur über die einfachen Betriebsvorgänge zu wachen und die Tagesorgen und „Interessen der Arbeiterschaft wahrzunehmen. Sie müssen eindringen in die Volkswirtschaft, in die Technik und Organisation der Arbeit, sie

müssen die Handhabung der Warenerzeugung und des Vertriebes studieren, die Betriebsräte müssen sich zu Wirtschaftsführern entwickeln! Und sie müssen so geschult werden, daß sie ihr schwer erarbeitetes Wissen auch auf die große Masse übertragen können. Die Masse muß mit mehr Wissen erfüllt werden. Sie muß öde Redomantaden und Phrasengewächse unterscheiden lernen vom in den Verhältnissen wurzelnden nüchternen Wirklichkeitsinn!

Wir brauchen noch nichts verloren zu geben. Wir haben die Betriebsräte und die Demokratie, beides gewaltige Hebel zur Verwirklichung des Sozialismus. Und das wird uns keiner rauben können. Suchen wir also planvoll zu arbeiten, indem wir wirkliches Wissen zum Allgemeinut erheben und dieses Wissen zugunsten des Sozialismus praktisch in Anwendung zu bringen suchen. Zersprengen wir die engen Fesseln unseres geistigen Horizonts, verbreitern wir mit allen Mitteln die Tätigkeit der Gewerkschaften in dem angegebenen Sinne, dann wird auch die Befreiung der Arbeiter deren eigenes Werk sein, aus eigener Kraft und eigenem Wissen!

Die Frage der Familienzulagen

Ist schon wiederholt im „Steinarbeiter“ behandelt worden, zuletzt in der Nr. 11 vom 12. März. Unsere Leser erinnern sich vielleicht des Standpunktes, den wir in dieser zweifellos wichtigen Angelegenheit für die Arbeiter einnehmen. Jetzt äußert sich in Nr. 18 des Korrespondenzblattes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes der Bundesvorsitzende Theodor Leipart zu dieser Frage. Er kommt dabei unserer Auffassung, wie auch nicht anders zu erwarten, recht nahe. Die Entlohnung nach dem Familienstand ist eine Gewerkschaftsangelegenheit im wahren Sinne des Wortes, darüber ist jedoch mit wenigen Ausnahmen (Metallarbeiter, Holzarbeiter) in der deutschen Gewerkschaftspresse bisher wenig geschrieben worden, um so mehr aber in der Unternehmerrpresse und in den Blättern, die dem Unternehmertum nahe stehen, und da durchweg in dem Sinne, daß der ledige Arbeiter unmöglich ebenfalls verdienen dürfe, wie der verheiratete. Man hat auch schon die Einführung einer Art Versicherung befürwortet, die es dem Unternehmer erleichtern soll, die Lohnzulage für Familienlöhne zu tragen. Der Hintergedanke bei der ganzen Sache ist wohl der, daß der angestrebte Lohnabbau zunächst bei den Unverheirateten anfangen müsse. Leipart erwidert auf Ausführungen des bekannten Landgerichtsrates W. Kulemann in Nr. 16 der Sozialen Praxis, wo dieser einen Streitfall behandelt, bei dessen Entscheidung durch den Schlichtungsausschuß die Arbeitgebervertreter für Bemessung des Lohnes nach der Leistung die Arbeitgebervertreter für Bemessung nach dem Familienstand erklärt haben.

Genosse Leipart legt ein Wort für die ledigen Arbeiter ein und verweist darauf, daß der ledige manche Bedürfnisse und Pflichten hat, die für den Verheirateten zum wenigsten doch nicht mehr in gleichem Maße in Frage kommen. Als solche führt er die Pflicht zur Weiterbildung an; auch die Teilnahme an Turn- und Sportvereinen sei berechtigt; der junge Arbeiter soll auch seine Jugend genießen und so fern als möglich den geringsten das Gelegenheits haben, Erparnisse machen zu können, damit er, wenn er später eine Familie gründet, sich den jetzt so überaus kostspieligen Hausstand anschaffen kann.

Wie solle ferner die „soziale Entlohnung“ durchgeführt werden? Man denke anscheinend immer an die Lohnarbeiter, aber nicht an die Akkordarbeiter. Sollte auch der Stücklohn ungleich festgesetzt werden?

Leipart empfiehlt einen einfacheren Weg. Man solle den Familienlöhnen bei den Steuern in höherem Maße berücksichtigen als bisher. Ferner solle man ihm alle nur denkbaren Vergünstigungen gewähren, deren Kosten von der Gesamttheit des Volkes ausgebracht werden (freier Schulunterricht, Schulpflege, freie Fahrt zur Schule, unentgeltliche Körperpflege, in gewissem Umfange vielleicht auch Sühne und Kleider). Man liefere für die Säuglinge unentgeltliche oder verbilligte Milch, ferner einen Erziehungsbetrag für jedes Kind, der schulentlassenen Kindern eine kostenfreie Lehrstelle oder einen Zuschuß zu den Kosten der Berufsausbildung. Der Anfang auf diesem Wege ist schon längst gemacht worden, man möge den Weg nur ernsthaft weitergehen. Man stelle auf diese Weise den Familienlöhnen ginstiger als den ledigen, lasse aber die Frage des Entlohnungssystems aus dem Spiele.

Aus dem 5. Gau.

Zu Jahre 1920 wurde versucht, einen Bezirkstarif der gesamten Steinmetzbranche für die Städte in Rheinland und Westfalen (von Trier bis Hamm) abzuschließen. Doch blieb es lediglich bei dem Versuch. Es stellten sich scheinbar unüberwindliche Gegenstände ein, die nicht überbrückt werden konnten. Vornehmlich lag es mit daran, daß von Arbeitgeberseite überall Akkord eingeführt werden sollte, deren eifriger Befürworter Herr Direktor Vau mungs von Dortmund ist. Aus ganz naheliegenden Gründen mußten unsere Kollegen dies ablehnen, was hier nicht näher erörtert werden braucht. Trotzdem zeitigten die Verhandlungen jedesmal das Ergebnis, daß ein Lohnabkommen getroffen wurde, das protokollos festgelegt und für sämtliche Städte gültig sein sollte. Jedoch kam es niemals zu einem Bezirkstarif, in dem auch sämtliche anderen Fragen eines Tarifes vereinbart sind. Diese auf Treu und Glauben erfolgte Vereinbarung wurde nun von verschiedenen Arbeitgebern, Coblenz, Trier usw., nicht eingehalten, und die für unsere Kollegen nicht gute wirtschaftliche Lage dazu benutzten, einen erheblich niedrigeren Lohn zu zahlen. Alle Versuche unsererseits, den Kollegen zu ihrem Recht zu verhelfen, scheiterten, auch der Schlichtungsausschuß versagte, da ja ein Tarif nicht bestand, wie ihn das Gesetz vorschreibt. Persönlich versuchte Verhandlungen in Trier mit Herrn Schüller entlockten dem Herrn das Geständnis, daß er nur mit seinen Leuten verhandelt, Dritte gehen ihn gar nichts an. Ein wunderbarer Standpunkt für einen Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes. Ihm wäre zu empfehlen, einmal darüber nachzudenken, warum man 1921 schreibt und nicht 1914. Dieses Verhalten der Arbeitgeber und auch noch andere Momente trugen dazu bei, daß unsere Kollegen den Beschluß faßten, sich an das Abkommen nicht zu halten und in verschiedenen Städten, so in Düsseldorf, Essen, Lohnforderungen stellten. Auf einmal befanden sich die Arbeitgeber und verlangten, daß wir uns auf den Boden des obengenannten Abkommens stellen sollten. Zubor haben sie nicht verkannt, ihre Kollegen in den besagten Städten zu veranlassen, daß der Lohn gezahlt wurde, von Urlaubsgewährung war gar keine Rede. Gleichzeitig riefen sie den Herrn Staatskommissar in Dortmund an, der darüber entscheiden sollte. Formalerweise hatte die Gewerkschaft im Auftrage unserer Kollegen das Abkommen gekündigt, bei dem auch die Christlichen und die freie Vereinigung

In Düsseldorf und Elberfeld beteiligt waren. Der Staatskommissar hatte nun darüber zu entscheiden, ob eine Bezirksarbeitsgemeinschaft bestanden, und ob ein Tarifvertrag im Sinne des 2. und 3. Artikels des WGB bestanden hat. Der angefügte Scheidungsprozess des Staatskommissars in Dortmund vom 22. 4. 1921 gibt nun Klarheit darüber.

1. Eine Bezirksarbeitsgemeinschaft zwischen den Parteien hat nicht bestanden.

2. Ein Tarifvertrag oder ein Lohnabkommen im Sinne des 3. Artikels des WGB hat ebenfalls nicht bestanden, wohl dagegen haben beide Parteien die Auffassung gehabt, daß durch die gemeinsamen Verhandlungen ein sie bindendes Lohnabkommen getroffen worden sei. Diese Auffassung wird auch bewiesen durch das Kündigungsschreiben des Zentralverbandes der Stein Arbeiter vom 3. April 1921.

3. Mit Rücksicht auf diese Tatsache war das Vorgehen der Stein Arbeiter in Essen am 15. März 1921 und in Düsseldorf am 17. März 1921 zwar kein Bruch eines abgeschlossenen Vertrages, jedoch ein Verstoß gegen Treu und Glauben mit Bezug auf die vorausgegangenen gemeinsamen Verhandlungen.

4. Es wird den Parteien empfohlen, entsprechend dem § 5 des Reichsstarifvertrages auch in Zukunft die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bezirksweise zu regeln.

Eine Bezirkskonferenz der beteiligten Zahlstellen wird nun erneut auf der langfristigen Geschäftlichen Stellung nehmen müssen, wenn auf örtlicher Grundlage nichts zustande kommen kann. Die Arbeitgeber haben es nicht verstanden, eine Vertretung zu verhindern und den nötigen Einfluß auf ihre eigenen Kollegen auszuüben, vielleicht war es auch ihre Absicht! Ein Recht zur Klage oder Beschwerde hatten sie sich damit nicht erworben. Jetzt muß schon so oder so Farbe bekannt werden.

Von den hohen Löhnen.

Kollege Eschödel, Bremen, sendet uns zu diesem ständigen Thema der Arbeitgeber folgende Zeilen:

„Tatsache ist, daß den Vertretern der Arbeiterschaft bei den Lohnverhandlungen immer gesagt wird, die Löhne sind zu hoch, wir können unter keinen Umständen noch was drauflegen, es muß abgebaut werden! Vom Unternehmerverband ist ja bereits diese Parole ausgegeben worden. Es wird sogar behauptet, die Arbeiterschaft müsse den Riemen noch ein Loch enger schnallen. Es gibt aber kein Land in Europa, in dem die Arbeitslöhne so niedrig sind, wie in Deutschland, müssen allerdings von Oesterreich und Ungarn absehen. Dort liegen die Verhältnisse ähnlich, wie bei uns. Auch von Rußland kann man dies annehmen, weil von dort über die Entlohnung der Arbeiterschaft keine sicheren Unterlagen vorliegen.“

Die Löhne unserer Mitglieder schwanken von 3 bis 8 M. pro Stunde, 24 bis 64 M. pro Tag, 144 bis 864 M. pro Woche. Die Lohnsteigerung beträgt also gegenüber der Vorkriegszeit um das acht- bis zehnfache. Nach den Calwerischen Berichten kosteten aber die notwendigen Lebensmittel für eine vierköpfige Familie im Dezember 1920 in ganz Deutschland das 14,7fache. Da ist aber noch nichts eingerechnet für Wohnung, Bekleidung, Feuerung und sonstige Erfordernisse. Lassen wir uns hier mal einige Löhne unserer Arbeitsbrüder der Entente oder der ehemaligen Neutralen vor Augen führen. Da nehmen wir zuerst Italien. Dort verdient ein Handlanger 1,75 bis 2,25 Lire die Stunde. Spezialisten verdienen bei achtstündiger Arbeitszeit 25 bis 32 Lire pro Tag und bei Vorkararbeit noch 10 bis 20 Prozent mehr. Ein Lire sind nach dem jetzigen Kursstand ungefähr 2,90 M. Gerade in unserem Kollegenkreis muß uns das zu Bedenken Anlaß geben, überschwemmt doch die Stein Arbeiter aus dem Zitronenlande vor dem Kriege ganz Deutschland. Wer aber die Verhältnisse vor der Kriegszeit kannte, wird unbedingt zugeben, daß die Arbeiterschaft dort heute bessere Verhältnisse hat, wie wir hier in Deutschland. In Frankreich sind die Löhne unserer Klassen Genossen nach deutschem Gelde ungefähr die Woche 523,20 bis 664 M. für bessere Arbeiter; 392.— bis 470,80 M. für „schlechte“ Arbeiter. Die Löhne in Deutschland müssen rund um die Hälfte gesteigert werden, wenn auch nur die Einkünfte der französischen und italienischen Arbeiter erreicht werden sollen. In England, Holland, der Schweiz und Skandinavien haben wir noch mit ganz anderen Zahlen zu rechnen. In Holland verdienen unsere Klassen Genossen 14,70 bis 21.— M. pro Stunde. In England die Postkassensarbeiter 18.— M. pro Stunde. In Schweden die gelernten Arbeiter pro Stunde 21,75 bis 36,25 M. Ist ein deutscher Arbeiter in der Lage, in Holland oder Skandinavien in Arbeit zu treten, so kann derselbe bei einigermaßen solidem Lebensstandard einen schönen Groschen Geld seiner Familie zukommen

lassen. (Die Vergleiche, die der Kollege hier zieht, beweisen nicht viel, es muß schon mindestens die Lebenshaltung in jenen Ländern mit herangezogen werden, wenn man zu einer einwandfreien Beurteilung kommen will. Nur die Gegenüberstellung der Löhne und die Umrechnung nach dem Stand unserer Valuta führt zu ganz irrigem Schluß, mit dem bei Lohnverhandlungen gewiß nichts anzufangen ist. Redaktion.)

Trotzdem die ausländischen Arbeiter bedeutend höhere Löhne haben, wie wir hier in Deutschland, sehen dieselben ihre soziale Lage noch lange nicht als gelöst an, wie diese in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung überhaupt nicht gelöst werden kann. Der große Vergarbeiterstreik in England beweist uns klar und deutlich, mit welchen Mitteln die dortige Arbeiterschaft ihren Willen durchzusetzen versucht. Diese kleine Uebersicht soll vor allen Dingen die Kollegen in den niedrig entlohnerten Bezirken die Augen öffnen. Jeder Kollege hat die Pflicht, seine wirtschaftliche Lage so schnell wie möglich zu verbessern, das kann aber nur geschehen, wenn die Arbeitervertreter reiflos vom Unternehmer anerkannt werden, ob dieselben den kommunistischen oder christlichen Standpunkt vertreten. Kollegen, haltet die Augen auf und laßt euch unter keinen Umständen an eurer Organisationszugehörigkeit hindern, denn das Unternehmertum wartet nur den Moment ab, wo die Reaktion ihre Fessel entfaltet, um der Arbeiterschaft die wenigen Errungenschaften wieder streitig zu machen und dieselben noch mehr als Ausbeutungsobjekt zu betrachten.“

Organisationsvertrag zwischen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Allgemeinen freien Angestelltenverband.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (Siß Berlin, ADGB) und der Allgemeine freie Angestelltenverband (Siß Berlin, Afa-Bund) hatten in der letzten Zeit wiederholt Gelegenheit, zum Wohle ihrer Mitglieder bei den verschiedensten Gelegenheiten zusammenzuarbeiten. Dies erwachte bei beiden Spitzenverbänden den Wunsch, das Zusammenwirken in Zukunft inniger und planmäßiger auszugestalten und in festeren Regeln zu bringen. So entstand nach wiederholten Verhandlungen ein Organisationsvertrag, nach welchem sich beide Körperschaften, ohne ihre Selbstständigkeit aufzugeben, verpflichten, in allen gemeinschaftlichen, sozial- und wirtschaftspolitischen Angelegenheiten zusammenzuwirken, die die Arbeiter und die Angestellten gemeinsam berühren. In Fragen, die nur eine der beiden Gruppen unmittelbar angehen, aber auch die andere Gruppe beeinflussen können, ist auf diese Rücksicht zu nehmen. Grundsätzlich sollen die Arbeiter in den Verbänden organisiert werden, die dem ADGB angeschlossen sind und die Angestellten in den Verbänden des Afa-Bundes. Ueber Abweichungen von diesem Grundsatz sollen die Vorstände der beiden Verbände sich untereinander und mit den beteiligten Verbänden verständigen, wobei geschichtliche und organisatorische Eigentümlichkeiten berücksichtigt werden sollen. Streitigkeiten darüber sind durch ein Schiedsgericht zu entscheiden, dessen Zusammensetzung im Vertrag geregelt ist.

Zum Zweck des Zusammenwirkens sollen 1. bei den Verbands- und Ausschussitzungen des einen Spitzenverbandes Vertreter des anderen mit beratender Stimme hinzugezogen, 2. im Bedarfsfall gemeinsame Tagungen beider Bundesvorstände und 3. beider Bundesausschüsse abgehalten werden, 4. sind nötigenfalls auch gemeinsame Gewerkschaftskongresse abzuhalten. Ein besonderer Abschnitt des Vertrages regelt das Zusammenwirken in den Orts- und Bezirksorganisationen beider Körperschaften.

Der vom ADGB herausgegebene Gewerkschaftliche Nachrichtendienst wird auf den Afa-Bund ausgedehnt.

Der Afa-Bund tritt mit Zustimmung des ADGB, in den Internationalen Gewerkschaftsbund (Siß Amsterdam) ein, ohne daß für Deutschland eine zweite Landeszentrale errichtet wird. Auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress wird dem Afa-Bund mindestens ein Sitz eingeräumt. Soweit auf Veranlassung des Internationalen Gewerkschaftsbundes von Fall zu Fall Zusammenkünfte veranstaltet werden, ist der Afa-Bund nach Möglichkeit zu berückichtigen.

Mit dem Abschluß dieses Vertrages ist für die gewerkschaftliche Angestellten- und Arbeiterbewegung eine Einheitsfront der Kopf- und Handarbeiter hergestellt worden, die aufs wärmste zu begrüßen ist. Ständebündel und Mitztrauen sind künftig ausgeschlossen. Der 12. April 1921, an dem dieser Vertrag abgeschlossen wurde, bedeutet einen Wendepunkt in der deutschen Arbeiterbewegung. Groß und zahlreich sind die Aufgaben, die der zu ge-

meinsamem Wirken verbundenen Körperschaften harren. Der verlorbene Genosse Legien strebe eine solche Vereinigung zwischen Beamten, Angestellten und Arbeitern an. Jetzt ist es gelungen, zunächst die beiden Bekannten dazu zu bringen. Mit dem Deutschen Beamtenbund wird noch verhandelt. Hoffentlich werden auch diese Verhandlungen erfolgreich sein.

Wirtschaftliche Rundschau.

Von Dr. Alfred Striemer.

Vor entscheidenden Tagen! Am 1. Mai soll Deutschland 1 Milliarde Gold und den Rest der 20-Milliardenforderung, die erfüllt zu haben von uns behauptet wird, ausgehüt haben. Mit den Sanktionen im besetzten Gebiet ist am 20. April begonnen worden, die neue Zollgrenze ist errichtet, Postpalet- und Eisenbahngüterverkehr erleben schwerste Störungen. Die 50-prozentige Ausfuhrabgabe, die die Entente erhebt, ist bisher keineswegs von allen Feindbundmächten zur Anwendung gebracht worden. Besonders beachtenswert ist, daß in Amerika mit dem Sinken der deutschen Valuta auch die französische und englische gesunken ist, wie überhaupt Markt und Frachten sich parallel bewegen, gewiß ein deutlicher Beweis dafür, daß Deutschland und Frankreich als miteinander auf Gedeih und Verderben verbunden von der amerikanischen Hochfinanz beurteilt werden. Daß England infolge des Bergarbeiterstreiks amerikanische Kohlen einführen muß, beleuchtet grell die furchtbare Verfallenheit der weltwirtschaftlichen Güterausgleichsverhältnisse. In Frankreich herrscht der Geist des Kriegsvorkommens, der Produktionswille ist geschwächt, also muß Deutschland zahlen.

Die fortschreitende Industrialisierung der Vereinigten Staaten hat dieses Land vor ein schwieriges Problem gestellt, da es zum Gläubigerstaat geworden ist. Von England hat es allein an Zinsen eine Milliarde Goldmark jährlich zu fordern, von den anderen Ländern gleichfalls Milliarden Mark. In Gold können diese Zinsen nicht bezahlt werden, sondern nur in Waren. Die Wareneinfuhr schädigt aber die eigene Industrie aufs schwerste, weshalb die Vereinigten Staaten den Schutzoll halten müssen. Aber nur das eine oder andere ist möglich. Das Beste ist die Annullierung aller europäischen Schulden an Amerika.

Der amerikanische Baumwollmarkt liegt fest. Es besteht das Gerücht, daß die Regierung die Ausfuhr unterstützen wird, um Polen noch in diesem Jahr 350 000 Ballen liefern zu können. Ferner bestehen Gerüchte über die bevorstehende Einschränkung des diesjährigen Baumwollbaues, den auch die Banken des Südens so knapp wie nur möglich zu halten suchen, und zwar im Interesse besserer Preisgestaltung für die von ihnen unter so ganz anderen Umständen überlastet bevorzugten alten Vorräte.

Nach amtlichen amerikanischen Statistiken ist die Ausfuhr von Fleisch und Wehl um 60, von Baumwolle um 50 v. H. gesunken. Zwischen den Vereinigten Staaten und Japan ist es zum Notenswechsel wegen der Insel Yap gekommen, die als Kautschuk für Amerika von ganz besonderer Bedeutung ist. Das Verhältnis zwischen den beiden Mächten ist keineswegs freundschaftlich, vielleicht sogar ernstlich gespannt. Es sind Verhandlungen im Gange, amerikanisches Kapital in größerem Maßstabe in Schweden anzulegen.

Die Ausfuhr Deutschlands nach Argentinien wächst von Monat zu Monat. Selbst englische Firmen bieten ihren Kunden deutsche Waren an, weil sie von ihnen verlangt werden. Der Bedarf ist geradezu drängend. Die Regierung gewährt erhebliche Zollbefreiungen.

In Italien ist es geblühend bemerkt worden, daß einige französische Fabriken, an ihrer Spitze Michelin, die während des Krieges ungezählte Millionen verdient und aus dem Lande geschafft haben, als erste ihre Arbeiterkraft auf die Straße gesetzt haben. Die italienischen Banken nehmen ihre Tätigkeitsfeld sehr eifrig auf die Länder schwächerer Valuta aus, vor allem nach dem Balkan, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien. Auch die Tschscholowafel, Polen, selbst Deutschland sollen Arbeitsgebiete der italienischen Banken werden. Die Abschlässe der Großbanken Italiens lassen die wirtschaftliche Krise noch nicht erkennen. Die Banca Italiana di Comto hat sich von der Generalversammlung ermächtigt lassen, 30 Millionen Lire Aktien zu kaufen und diese für ihre Angestellten zu verwenden, um diese zu Aktionären des Instituts zu machen.

Die deutschen Kohlen verursachen den Belgiern schwere Sorgen, denn sie wissen nicht mehr, wo sie sie unterbringen sollen. In allen Flußhäfen liegen gefüllte deutsche Käbne mit unbekäuflichen deutschen Kohlen fest. — Die rumänische Regierung hat 10 nordfranzösischen Spinnereien einen Auftrag von 40 Millionen Frank

Technische Grundbegriffe des Steinarbeiters an der Maschine.

Von Th. Wolff-Friedenau.

(Nachdruck verboten.)

I.

Die Steinindustrie, sowohl Steingewinnung wie Steinbearbeitung, gehört zu jenen gewerblichen Gebieten, auf denen durch die Erzeugnisse und Hilfsmittel der Technik, insbesondere durch die Einführung und Anwendung der Maschinen, weitgehende Umwandlungen gegen früher erfolgt sind. Während in früherer Zeit die einfachen Handwerkzeuge die nahezu einzigen Hilfsmittel des Steinarbeiters waren und selbst die größten Arbeitsleistungen nur durch Anwendung menschlicher und tierischer Arbeitskraft ausgeführt werden konnten, hat die moderne Technik für alle Zweige der Steingewinnung und Steinbearbeitung eine große Zahl der verschiedenartigsten Werkmaschinen geschaffen, die sich von ungleich größerer Leistungsfähigkeit als die alten Handwerkzeuge erweisen haben und, wenn sie diese natürlich auch niemals überflüssig machen können, so doch die Fähigkeiten des Arbeiters gewaltig gesteigert haben. Die nötige Arbeitskraft zum Betrieb der Werkmaschinen aber liefert in den meisten Fällen die Kraftmaschine, an die jene angeschlossen werden. Allgemein ist so heute der Steinarbeiter in fast allen Zweigen der Steinindustrie aufs engste mit dem maschinellen Apparat verknüpft, den die Technik für sein Arbeitsgebiet geschaffen hat.

Diese technische Umwälzung innerhalb der Steinindustrie bringt es mit sich, daß jeder, der hier tätig ist, vom obersten Betriebsleiter oder Ingenieur bis zum letzten Arbeiter, in viel höherem Maße selbst Techniker ist, als es bei der Betriebs- und Arbeitsweise früherer Zeit der Fall war. Der Steinarbeiter ist zugleich immer Techniker, wenn eben auch nur innerhalb seines Fachgebietes, und das Wesen der qualifizierten Arbeit besteht gerade in der Steinindustrie zum großen Teil mit in der Kenntnis, Anwendung und Beherrschung der verschiedenartigen Maschinen und sonstigen technischen Hilfsmittel und in dem Besitz einer bestimmten fachtechnischen Schulung und Bildung. Diese fachtechnische Schulung des Steinarbeiters aber geht, wie jede technische Bildung überhaupt, von bestimmten technischen Grundbegriffen aus. Grundsätzlich dieser aber herrscht selbst bei technisch sehr geschulten Arbeitern, ja selbst bei den eigentlichen Berufstechnikern oftmals eine sehr erhebliche Unklarheit. Ohne Klarheit über Inhalt und Bedeutung der technischen Grundbegriffe aber ist ein wirkliches Verständnis für die moderne technische Arbeitsweise nicht möglich. Befassen wir uns daher einmal näher mit jenen technischen Grundbegriffen, soweit sie für die fachtechnische Schulung der Arbeitsweise des heutigen Steinarbeiters an der Maschine von Notwendigkeit und Interesse sind.

Gleich das Wort „Technik“ selbst ist es, dessen Inhalt und Bedeutung durchaus nicht so ohne weiteres klar ist, und so mancher Steinarbeiter, dessen Beruf, wie dargestellt, so eng mit der Technik verknüpft ist und der die Ausdrücke „Technik“ und „technisch“ täglich gebraucht, dürfte einigermassen in Verlegenheit geraten, wenn er plötzlich einmal genauer erklären sollte, was eigentlich „Technik“ ist und was man darunter versteht. Also wir verstehen unter „Technik“ die Herstellung und Anwendung künstlicher Hilfsmittel für die Zwecke der menschlichen Arbeit. Diese Hilfs-

mittel sind Werkzeuge und Maschinen, wozu letztere besonders von der modernen Technik zur umfassendsten und erfolgreichsten Anwendung gebracht, ja in ihrer Mehrheit von dieser erst geschaffen worden sind. Allerdings hat es auch schon früher Maschinen gegeben, doch diese beschränkten sich nur auf einzelne Arbeitsgebiete und waren überdies nur von geringer Leistungsfähigkeit. Auch wurden diese früheren Maschinen nur von Menschen- oder Tierkraft betrieben, abgesehen von vereinzelt und nur wenig in Betracht kommenden Anwendungen der Naturkräfte des Windes oder des fließenden Wassers für den Betrieb von Wind- oder Wassermüllmolen. Demgegenüber beruht die heutige Technik in erster Linie auf der Anwendung von Naturkräften für den Betrieb der Maschinen, und sie hat für diesen Zweck die Kraftmaschinen geschaffen, in denen die Naturkräfte, vor allem die in den Brennstoffen verborgene Heizkraft, in nutzbare Arbeitskraft umgesetzt und zur Anwendung gebracht werden. An die Kraftmaschine werden dann die verschiedenartigen Werkmaschinen angeschlossen, die von dieser angetrieben werden und auf diese Weise eine ungleich größere Leistungsfähigkeit zu entfalten vermögen, als die von Menschen- oder Tierkraft angetriebenen früheren maschinellen Vorrichtungen. Wir können daher als das Wesen der modernen Technik geradezu die Anwendung der Naturkräfte vermittels der Kraft- und Werkmaschinen bezeichnen. Als Technologie hingegen bezeichnen wir die Lehre von der Technik bzw. von den technischen Hilfsmitteln und ihrer Anwendung.

Als erster und wichtigster der technischen Grundbegriffe tritt uns nun der Begriff der Kraft entgegen. Die Anwendung ausnahmslos aller technischen Hilfsmittel, gleichviel welcher Art und Form sie sind und welchem Zweck sie dienen, ob es sich um das einfachste Werkzeug oder die komplizierteste Maschine handelt, jede Arbeit oder Bewegung überhaupt, setzt Kräfte voraus, seien es tierische oder Menschenkräfte, oder aber Naturkraft. Ohne das Wirken einer Kraft, die es ermöglicht, das technische Hilfsmittel in Bewegung zu setzen, ist alle Technik nutzlos. Kraft ist eine vielfach u. für die verschiedensten Erscheinungen angewandte Bezeichnung, in der Technik und Naturlehre hingegen hat das Wort „Kraft“ einen ganz bestimmten, scharf umrissenen Inhalt, der von dem, was man im täglichen Leben oftmals als Kraft bezeichnet, vielfach abweicht. Und zwar bezeichnet die Technologie als Kraft die Ursache der Bewegung oder Bewegungsänderung eines Körpers. Dies, nicht mehr oder weniger, ist der Inhalt des vielgebrauchtesten technischen Grundbegriffes der Kraft. Diese Bedeutung der Kraft tritt uns sofort bei der Anwendung technischer Hilfsmittel entgegen. Die technischen Hilfsmittel, Werkzeug oder Maschine, können nur wirken, indem sie in bestimmte zweckmäßige Bewegung gesetzt werden. Der Hammer wirkt nur, wenn er hochgehoben wird und dann niederfällt, also eine bestimmte Bewegung vollführt, ebenso auch die Dampfmaschine, indem der Kolben im Zylinder sich hin und her bewegt und dadurch die ganze Maschine in Bewegung setzt. Die Kraft, die im ersten Fall die Bewegung bewirkt, ist die Muskelkraft des Arbeiters, im zweiten Fall die Ausdehnungskraft oder der Druck des Dampfes, der auf den Kolben wirkt. Wenn man einen Stein hochhebt und dann wieder fallen läßt, so wirken auf ihn zwei verschiedene Kräfte ein; zuerst die Muskelkraft des Menschen, durch welche der Stein hochgehoben wird, darauf die Anziehungskraft der Erde, durch welche der Stein wieder herabgezogen wird. Auf diese Weise können wir alle Bewegungen auf die Wirkung von Kräften zurückführen.

Der Maßstab, mit dem wir die Größe einer Kraft messen, ist das Gewicht bzw. die Gewichtseinheit, also das Kilogramm. Wir können nämlich alle Kraftwirkungen, so verschiedenartig sie auch sein mögen, als Druck eines Gewichtes auffassen. Der hochgehobene Stein drückt mit einem bestimmten Gewicht, sagen wir 2 Kilogramm, auf seine Unterlage; daher ist die Kraft, die den Stein zur Erde oder, genauer gesagt, nach dem Mittelpunkt der Erde zu ziehen bestrebt ist, 2 Kilogramm groß. Der Druck, den ein Körper ausübt, ist also immer gleichbedeutend mit seinem Gewicht. Auch die Kraft, mit der ein Hammer auf den Amboss schlägt, ist abhängig vom dem Gewicht des Hammers und um so größer, je größer dieses Gewicht ist. Ebenso aber kann ich auch die Kraft, mit der der Dampf auf den Kolben der Dampfmaschine drückt, in Kilogramm ausdrücken. Denken wir uns einen vor uns stehenden Dampfzylinder, in dem sich der Kolben in seiner obersten Stellung befindet. Wenn ich nun auf den Kolben ein großes Gewicht lege, so wird er hierdurch zweifellos mit einer Kraft, die dem Gewicht entspricht, in den Zylinder hineingedrückt. Wenn ich nun, nachdem der Kolben bis zum Boden des Zylinders gedrückt ist, das Gewicht fortnehme, den Kolben mit einer Schnur verbinde, die Schnur nach oben und dann über eine Rolle führe und an dem anderen Ende der Schnur wiederum das Gewicht befestige, so wird dieses, indem es selbst nach unten strebt, vermittels der über die Rolle geführten Schnur den Kolben nach oben ziehen. In beiden Fällen ist also die Bewegung des Kolbens, die sonst vermittels der Kraft des gespannten Dampfes erzeugt wird, lediglich durch den Druck eines Gewichtes zustande gekommen. Sage ich daher, daß in einer Dampfmaschine der Dampf einen Druck von 1000 Kilogramm auf den Kolben des Zylinders ausübt, so bedeutet das also, daß die Kraft, mit der der Dampf auf den Kolben drückt, gleich ist dem Druck eines Gewichtes von 1000 Kilogramm, das statt des gespannten Dampfes auf den Kolben wirken könnte. Wenn der Dampf im Zylinder einen Druck von 1 Kilogramm auf jedes Quadratcentimeter des Kolbens ausübt, so sagen wir, daß der Dampf 1 Atmosphären Druck hat, weil auch die Atmosphäre, d. h. die Luft, die ja ebenfalls ein Körper ist und daher auch Gewicht hat, mit einem Druck von 1 Kilogramm auf jedes Quadratcentimeter wirkt. Bei einer Dampfmaschine von 15 Atmosphären ist mithin die Kraft des gespannten Dampfes so groß, daß ein Druck von 15 Kilogramm auf jeden Quadratcentimeter des Kolbens ausgeübt wird. Hat der Kolben eine Oberfläche von etwa 100 Quadratcentimeter, so übt der Dampf bei jedem Kolbenzug mithin einen Gesamtdruck von $15 \times 100 = 1500$ Kilogramm auf die Oberfläche des Kolbens aus. Wenn ich endlich sage, daß ein an einen Wagen angepanntes Pferd eine Zugkraft von 50 Kilogramm ausübt, so bedeutet das, daß die Kraft, mit der das Pferd in jedem Augenblick an dem Wagen zieht, gleich ist der Kraft, mit der ein Gewicht von 50 Kilogramm auf seine Unterlage drückt. Wir sehen also, daß wir alle Kraftwirkungen als Druck und Wirkung eines Gewichtes auffassen können. Wie wir in der Wage ein Instrument haben, um das Gewicht eines Körpers zu messen, so gibt es auch geeignete Instrumente, um die Größe einer Kraft zu messen. Ein solches Instrument ist das Dynamometer. Läßt man die zu messende Kraft auf das Dynamometer wirken, so gibt es genau den Druck an, den die betreffende Kraft, in Kilogramm ausgedrückt, ausübt. Ein solches Instrument ist auch das Manometer, das am Dampfessel jeder Dampfmaschine angebracht ist und angibt, welchen Druck der Dampf, in Atmosphären ausgedrückt, ausübt.

Baumwollgespinste erteilt, die früher von England geliefert wurden. — Infolge der Minderung der russischen Wirtschaftspolitik hat der Handel nach dem Osten stark an Bedeutung gewonnen.

Unter der Firma Rheinische Diskonto-Bank A. G. in Koblenz ist eine französische Bank mit 50 Millionen Mark Kapital gegründet worden, die durch intensive Propaganda Fuß zu fassen sucht. Die deutsche Firma dieser fremdländischen Bank gibt zu Kaufungen leicht Anlaß.

In Oberschlesien ist als reine Schweizergesellschaft die Oberschlesische Industrie A. G. in Oppeln gegründet worden, ein Zeichen für die fortschreitende Ueberfremdung.

Deutschland

Am deutschen Geldmarkt besteht trotz der gewaltigen Kapitalerhöhungen der Aktiengesellschaften ein außerordentlicher Geldüberfluß. Bei den Großbanken, den Sparkassen, den ländlichen Genossenschaften ist steigende Geldflut. Amerika, besonders Italien, hat hier sehr große Geldzuflüsse, ebenso die Warenkaufleute infolge der Kaufunlust, während die Börsenspekulation sehr ruhig ist. In der Landwirtschaft ist viel beschäftigungsloses Geld. In London steht die Bankrate auf 7 b. S., so daß die englische Wirtschaft mit hohen Zinssätzen belastet ist, in der Schweiz ist die Bankrate 4 1/2 b. S., ebenso in Holland. — Die Sparkasseneinlagen haben Januar und Februar um 2 Milliarden zugenommen. 258 Sparkassen haben 15 1/2 Milliarden Einlagen. Obgleich im neuen Staat kein Pfennig für Wiedergutmachung enthalten ist, fehlen 40 Milliarden Mark, die ungedeckt sind. Mit der bisherigen Art der Steuerausbringung sind diese 40 Milliarden nicht einzubringen. Es wird die Forderung erhoben, die Steuererhebung zu entlasten und Steuergemeinschaften zu bilden, indem die einzelnen Steuerbezugsgebiete mit solidarischer Haftung für die Entrichtung der notwendigen Steuerbeträge herangezogen werden. Dieser Weg müßte zu einer Nationalisierung der Wirtschaft führen.

Auf der Frankfurter Messe hat die Textil-, die Leder-, Schuh- und Tabakmesse gut abgelaufen. Greifbare Ware wurde am meisten gekauft, in farbigen Halbschuhen war ein glänzendes Geschäft. Weniger gut schmitzt die Offenbacher Luxuslederindustrie ab. Das Geschäft in Spielwaren war langsam. Auf Qualitätsware wird steigend Wert gelegt. Frankfurt bringt für die Messe große Opfer. — In Stuttgart findet eine Grossisten- und Export-Sondermesse der Gelmetallindustrie vom 30. Mai bis 4. Juni statt. — In Magdeburg wird 1922 die „Mitteldeutsche Ausstellung für Siedlung und Arbeit“ veranstaltet werden. An der Zeichnung des Garantiefonds haben sich die Magdeburger Arbeiterorganisationen beteiligt.

Gegen die Erhöhung der Kalipreise um 65, 70 und 75 b. S., die der Reichsstatrat angenommen hat, ist vom Reichswirtschaftsministerium Einspruch erhoben worden, das nur eine Erhöhung bis 35 b. S. zulassen will. Auch die Vertreter der Arbeiter und die Landwirtschaft haben dagegen gestimmt. — Zwischen dem Reichsstatrat und den Vereinigten Staaten sind die Verbindungen wieder angeknüpft. Die Direktoren des Deutschen Syndikats haben bisher keine Einreiseerlaubnis erhalten können. Die Kalifahrer erhalten 45 b. S. des vorjährigen Bezugs unentgeltlich als Vergütung für die hohen Einkaufspreise, damit sie ihre noch gefüllten Läger räumen können. Dafür sollen sie auf 5 Jahre 80 b. S. ihres Bedarfs vom Deutschen Syndikat zu Konturenpreisen kaufen.

In der Ueberrichtenfrage ist eine Einigung erfolgt. Es sollen wöchentlich nur vier statt sieben Ueberstunden verfahren werden. Für den Lohnausfall gibt es Lohnausgleich. Die Lohn-erhöhung tritt mit 20. April in Kraft.

Der Abschluß der Linke-Sofmann-Werke in Breslau enthält beachtenswerte Zahlen. Der Umsatz ist gegen das Vorjahr um 120 auf 664 Millionen gestiegen, der Rohgewinn von 26 auf 82 Mill. Mark, die Dividende von 17 wieder auf 24 b. S. Die Linke-Sofmann-Werke haben 1920 die Maschinenfabrik Jüllner in Warmbrunn erworben und sich an der Leuchthammer A. G. maßgebend beteiligt. — Die Garburger Eisen- und Bronzeindustrie werden ihren Aktionären 16 b. S. Dividende, 300 Mark in Kriegsanleihe auf jede Aktie und ferner eine Gutsaktion auf jede alte Aktie aus einer vorzunehmenden Kapitalerhöhung zukommen lassen. Dem Unternehmensfonds für Arbeiter und Angehörige wurden 500 000 Mark überwiesen. — Der Abschluß der Mitteldeutschen Kreditbank für 1920 weist einen Reingewinn von 16 1/2 Millionen Mark gegen 5 1/2 des Vorjahres aus, obgleich die Geschäftskosten von 17 auf 50 Millionen Mark gestiegen sind. Die Gewinne aus den Zinsen und Wechseln haben sich verdreifacht, aus den Provisionen verdreifacht. Auf das von 80 auf 90 Millionen Mark erhöhte Kapital werden 10 b. S. Dividende ausgeschüttet.

Im Anilinonzern haben sowohl die Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer u. Co. in Leverkusen, als auch die Farbwerke vorm. Meister, Lucius u. Brüning in Höchst die Erhöhung ihrer Kapitalien von 252 Millionen auf 430 Millionen beantragt. Die erste Firma erhöht ihre Dividende von 18 auf 20 b. S., die zweite von 14 auf 20 b. S.

Der Riesenkonzern Siemens-Rhein-Elbe-Union dehnt sich auch im mitteldeutschen Braunkohlegebiet aus. Hugo Stinnes ist in den Ausschicht der Braunkohlegegenden Kohlen-Bergwerke in Sehmstedt neu eingetreten. — Der Stegen-Solinger Gußstahlverein kaufte das Stahl- und Eisenwerk Frankleben. Außerdem wird in Groß-Ranna bei Merseburg ein Elektro-Stahlwerk errichtet. — Die Rheinische Metallwarenfabrik in Düsseldorf ist stark umworben. Unter den Bewerbern sind aufgetreten: 1. die Stinnesgruppe, 2. eine, bestehend aus Otto Wolff u. Co., Friedr. Krupp A. G. und der AGC. Krupp besitzt bereits 45 b. S. der Rheinmetallaktien.

Die Lage der Holzindustrie in Ostpreußen hat sich infolge des polnischen Wettbewerbs ungünstig gestaltet, dagegen ist erfreulicherweise festzustellen, daß die ostpreussische Zuderindustrie wieder in Gang kommt mit ihren Fabriken in Alfelde, Marienburg, Riensburg und Nestenburg. Die Bauholzpreise weichen. Kaminholz kostete Ende Dezember 1920 noch 625 Mark, im Januar 575 M., April 500 M. je Kubikmeter. Polen hat für Bauholzer Ausfuhrerlaubnis erteilt. Bei der Berliner Holzkontor A. G. ist der Ueberblick gegen das Vorjahr um zehn Millionen gestiegen, so daß 80 b. S. Dividende ausgeschüttet werden. Vor dem Arbeits-ausschuß der Baustoff-Beschaffungsstelle beim Oberpräsidenten Berlin wurde ausgeführt, daß die Belebung der Bauwirtschaft sich bemerkbar mache, der Handel gestalte sich günstig, die Bestände an Ziegeln verringern sich, der Markt für Zement nimmt 45 Millionen Steine ab. Die Frachtsteigerung wird eine Verteuerung der Baustoffe zur Folge haben.

Einen starken Abbau der Fleischpreise zum Herbst 1921 stellt der Geschäftsbericht der Handelsvereinigung Fleischereiverband A. G. in Aussicht. Der Fleischverbrauch beträgt heute kaum ein Drittel des früheren. Dänemark, Litauen, Jugoslawien haben sich als sehr konkurrenzfähig erwiesen.

Noch unentschieden ist die Frage, ob die Zwangswirtschaft für Zucker weiter bestehen bleiben soll, und ob der Reichstag der Erhöhung der Zuckerverbrennung von 7 auf 50 Mark zustimmen wird (je Zentner). Die Landwirtschaft soll bereits alles vorbereitet haben, um eine 15- bis 20-prozentige Steigerung des Anbaues von Zuckerrüben durchzuführen.

Gegen eine vierfache Biersteuer protestieren die deutschen Brauereiverbände, weil der Verbrauch so sinken würde, daß die Industrie in schwerer Gefahr käme. Erst müsse eine ausreichende Lieferung der Brauereien mit Rohstoffen gesichert sein. Durch den zentralisierten Malz- und Gersteneinkauf sollen Verluste von 60 bis 100 Millionen entfallen sein. Das zu 810 Mark gekaufte Malz kostet heute 450 Mark der Doppelzentner. Der Brauereiverband fordert freie Einkaufsmöglichkeit.

Die Branntweinmonopolverwaltung wird auch zur Verarbeitung von Weingeist zu gewöhnlichem Trinkbrandwein übergehen. Die Verwaltung kann bereits jährlich 7 Millionen Flaschen Trinkbrandwein herstellen. Vom Destillateurgewerbe ist Widerspruch zu erwarten. Die Destillateure haben für zehn Jahre Entschädigung zu beanspruchen.

Aus den Zahlstellen.

Mettlen. Die Kollegen vom Bahrischen Wald warten schon seit langer Zeit auf die Bezahlung der bescheiden geforderten Teuerungszulage. Die Löhne hier sind wohl noch die niedrigsten in der Steinindustrie von ganz Deutschland. Bekanntlich hat nun das Ministerium für soziale Fürsorge die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches vom 2. März ausgesprochen, womit der Schiedsspruch gewissermaßen Rechtskraft erlangt hat, wenn Treu und Glauben noch etwas gelten. Die Unternehmer hier aber weigern sich, wie schon immer, nun auch, die Verbindlichkeitsklärung anzuerkennen. Man bekommt von diesen Arbeitgebern nur immer dieselben Antworten: Ausgeschlossen, daß wir mehr zahlen, wir verdienen selbst nichts mehr, wir müssen ja schon „drauftragen“! Dazu ein paar Fülle. Im Granitwerk Paul Adler in Metten wird zur Zeit ein Denkmahl nach Außenzell gemacht. Der Steinmeister Ludwig Kufner in Gengersberg hatte dieses Denkmahl für 22 000 M. bereits so gut wie übertragen bekommen, nur sollte ihm dieses bei der Gemeinderatsitzung formell zugestanden werden. In letzter Stunde erhief Paul Adler noch davor, machte schnellstens ein Angebot von 15 000 M., womit er es dann auch erhielt. Man sieht hieraus, wie unbegründet uns die Unternehmer stets vorjammern, daß sie fortwährend zusetzen. Mit 7000 M. Preiserhöhung an einem Denkmahl, da könnte schon ohne Zweifel eine ganz bedeutende Teuerungszulage geleistet werden. Der Granitwerkbesitzer Josef Steininger hat vor einem Jahr eine Mühle gekauft, gegenwärtig baut er eine Stallung, und ein Wohnhaus soll auch noch entstehen. Man muß schon mal dumme fragen: Wo nehmen Sie denn das Geld her, wenn Sie immer „drauftragen“ müssen? Diese Unternehmer haben längst vergessen, was sie einstens waren und wer ihnen zu ihrem jetzigen Wohlstand verholfen hat. Wenn Herr Steininger zu unseren Kollegen sagt, sie können ja dorthin gehen, wo sie mehr verdienen. Gewiß läßt sich aus einer Mühle augenblicklich noch mehr herausziehen, als gegenwärtig durch die Arbeitskraft der Steinarbeiter. Doch wie geht's mit ihrem Unternehmertum? Es war etwa nicht die Intelligenz, die unsere Unternehmer selbständig machte, sondern nur ein gewisser Wagemut, nummehr andere Leute für sich arbeiten zu lassen, und jetzt, wo sie auf Kosten anderer sich eingebett haben, stecken sie den Geschwollenen heraus. Die Beobachtung in der Natur gibt dafür durchschlagenden Beweis, denn jede Drohne setzt eine Arbeitshiene voraus, die ihr die Nahrung schafft, und jeder menschliche Schmaroger baut sein Leben auf den Fleiß anderer Menschen. Die Möglichkeit, ein arbeitsloses Dasein zu führen, beruht nur auf der Macht über fremde Arbeitskräfte, auf der Herrschaft des einen Menschen über eine Gruppe über andere. Ob die Arbeitgeber des Bahrischen Waldes sich diesen Gedanken einmal klar machen können? Wenn ja, dann bitte nicht mehr gejagt und heraus mit der Anerkennung des Schiedsspruches. Was würde es im Unternehmertum für ein Sammeln geben, wenn die Arbeitnehmer die Verbindlichkeitsklärung vom Ministerium nicht anerkennen wollten. Da würde es heißen, die unzufriedenen Arbeiter, die anerkennen kein Gesetz, keine Regierung, die wollen alles stürzen! Für die Kollegen aber heißt es, einzig und geschlossen zusammenhalten und der schiefen Handlungsweise der Unternehmer in zäher Kraft entgegenzoteln.

Schwegen (Bahr. Wald). Am 4. April fand im Lokal Sehl Schrottenbaumühle unsere Quartalsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Quartalsabrechnung, 2. Neuwahl eines Revisors und Platzstellers, 3. Wahl eines Delegierten zu einer Zahlstellenkonferenz nach Passau, 4. Verschiedenes. Zum 1. Punkt gab der Kassierer Kollege Zeller den Quartalsbericht. Die Kasse stimmte. Ihm wurde für sein Arbeiten zur vollen Zufriedenheit ein Lob von der Versammlung ausgesprochen und Entlastung erteilt. Zum 2. Punkt wurde der Beschluß gefaßt, daß der Delegierte unbedingt mit den anderen Zahlstellen des unteren bahrischen Waldes darauf hinarbeitet, daß für den unteren bahrischen Wald ein besoldeter Bezirksleiter angestellt wird. Auch ist einstimmig beschlossen worden, daß jeden Donnerstag nach dem Ersten die Monatsversammlung stattfindet. Ferner wurde beschlossen, daß aus unserer Lokalkasse 250 Mark beim Konsumverein Passau (Verkaufsstelle Ditting) zu 4 Prozent angelegt werden. Von den Kollegen wurde verlangt, daß die Steuerkarte von dem Unternehmer gefordert wird und in Zukunft im Besitz der Steuerzahler verbleibt. (Red. Eine gesetzliche Bestimmung, wer die Karte in Besitz haben soll, besteht nicht. Nur die Vorschrift: „Der Arbeitnehmer hat die Steuerkarte dem Arbeitgeber bei jeder Lohnzahlung zum Einleihen und Entwerfen der Steuermarken vorzugeben.“ Im allgemeinen ist es jedoch praktisch, wenn sie beim Arbeitgeber lagert und die Kollegen sich am Lohn tag überzeugen, daß die Marken ordnungsgemäß eingeklebt sind.) Kollege Lannar und Dreißäpfler brachten noch eine Auffklärung über den Zweck und Nutzen des Verbandes. Die Versammlung, die gut besucht war, sprach noch ihren Dank für tatkräftiges Arbeiten den Funktionären aus. Nach kurzer Zusammenfassung aller erledigten Punkte durch den Vorsitzenden Kollegen Jungwirth wurde die Versammlung geschlossen.

Leipzig. Am 12. 4. fand unsere gutbesuchte Mitgliederversammlung statt; bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, erhoben sich die Anwesenden zu Ehren der verstorbenen Kollegen Wille und Neusch von ihren Plätzen. Der Kassierer erstattete Bericht vom 1. Quartal. Es blieb ein Bestand von 6925.30 M. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer entlastet. Zur Ausarbeitung der Geschäftsordnung für den paritätisch zu führenden Arbeitsnachweis wurden die Kollegen Heine, Billwig, Böckel, Haug und Seidewitz mit allen Stimmen gewählt. Kollege Haug stellte den Antrag, den Witthauer Kupfer nicht an Staubingers Denkmahl arbeiten zu lassen. Nach kurzer Debatte wurde dieser Antrag angenommen. Die Versammlung behält sich vor, die Arbeit an Staubingers Denkmahl eventuell einem anderen Witthauer zu übertragen. Das vorgelegene Referat über die Aufgaben der Gewerkschaften fiel leider aus.

Breslau. Am 30. März 1921 hielt die Zahlstelle ihre Monatsversammlung ab, in der der Vorsitzende eingehend über die Konsumgenossenschaft referierte. Unter anderem wurde empfohlen, sich das in Frage kommende Wirtschaftsbuch anzulegen. In der Tarifbesprechung wurden die Löhne in der näheren und weiteren Umgebung mit dem hiesigen Ortslohn verglichen; wobei sich herausstellte, daß wir am Orte, dank der Konjunktur, nicht besser stehen als die Kollegen in den Provinzstädten. Das Anschreiben des Gauleiters in Frage des Bezirksrates steht auch nicht sehr rosig aus. Die angebrachten Bepfehlungen in dieser Angelegenheit sind vorläufig als gescheitert anzusehen. Aus der Amerikahilfe sind hiesiger Zahlstelle 50 Mark überwiesen, die an bedürftige arbeitslose Kollegen verteilt werden sollen. Im Punkt 2 der Tagesordnung wurde die Anschließfrage an den Bauarbeiterverband besprochen und folgender Beschluß gefaßt: Zahlstelle Breslau beizutreten, daß der Verbandsbeitrag die Verschmelzungsforderung mit dem Bauarbeiterverband eingehend in einer neuen Sitzung bespricht, damit eine Urabstimmung vorgenommen wird, wer für den Anschluß an den Bauarbeiterverband oder für das weitere Bestehen des Steinarbeiterverbandes ist. Im Punkt Verschiedenes teilte der Vorsitzende mit, daß die im Streit stehenden Stein- und Schotterarbeiter ihre Kollage schilderten. Zu diesem Zweck bewilligte die Versammlung den Streikenden 200 Mark. Dem kranken Kollegen Benkert wurden 100 Mark überwiesen. Ferner regte der Vorsitzende an, daß sich die Kollegen an den Versammlungen mehr beteiligen sollen und mitarbeiten an dem so notwendigen Ausbau unserer Organisation.

Höppingen. Am 10. April fand im Gasthaus zum Engel in Höppingen eine gutbesuchte Bezirksversammlung statt für die badiischen Orte Höppingen, Walldüren und Gartheim. Kollege Umminger aus Oßensfurt berichtete über die gegenwärtige Lohnbewegung im Fränkischen Muschelstein-Gebiet. Er gab die Forderung bekannt sowie das Angebot der Unternehmer. Die anwesenden Kollegen bedauern die Haltung der Unternehmer, erklärten, daß sie sich auf deren Angebot nicht einlassen könnten, mit der Maßnahme der Gauleitung die Sache dem Schlichtungsausschuß zu übertragen, sind die Kollegen einverstanden. Kollege Umminger wies noch besonders auf die Organisation hin, daß es

unbedingt notwendig ist, geschlossen zu bleiben; auch freiste die das Betriebsrätegesetz sowie das Parteimeinens und die Presse. Die anwesenden Kollegen waren mit den Ausführungen Ummingers eines Sinnes. Dann wurde noch die Gründung eines Kartells erwogen und beschlossen. Mit dem Appell, treu zum Verband zu halten, wurde die anregende Versammlung beendet.

Waldorf. In der am 2. April stattgefundenen Versammlung wurde unser bisheriger Vorsitzender einstimmig wiedergewählt. Nachdem wurden zu der am 10. April stattfindenden Bezirkskonferenz zwei Delegierte gewählt. Ferner wurde vom Vorsitzenden eine Sammelliste für unseren verstorbenen Kollegen Staubinger zur Denkmahlspende herumgegeben. Auch hier zeigte unsere Kollegen reges Interesse. Von der Lokalkasse 30.— M. und von unseren 10 Kollegen kamen insgesamt 120.— M. zusammen. Diese Summe wurde von unserem Kassierer der Hauptkasse überwiesen.

Säslisch. Montag, den 11. April, fand unsere Monatsversammlung statt. Der Vorsitzende und gleichzeitige Kassierer gab die Abrechnung vom 1. Quartal 1921 bekannt, die von den Revisoren Kühnel und Freudenberg geprüft und für richtig befunden wurde. Ferner machte der Vorsitzende die Kollegen aufmerksam auf den Artikel im „Steinarbeiter“ in Nr. 15 über Meben der Beitragsmarken; er fordert die Kollegen auf, sich besser an die statistischen Vorschriften zu halten, damit der Ortsverwaltung nicht Vorwürfe gemacht werden können, sie hat schon immer aufmerksam gemacht, höhere Beträge laut dem Verdienst zu zahlen. Den Betriebsräten müsse das Rückgrat mehr gestiftet werden, damit wir künftig den Anforderungen gewachsen sind. Weiter wurden die Kollegen auf den 1. Mai aufmerksam gemacht, damit wir am Ort ein volles Lokal bekommen.

Reichen I. Am 9. April hielt die Zahlstelle ihre Quartalsversammlung ab. Bevor in die Tagesordnung eingetreten, wurde der verstorbenen Kollege Fritz Bauch in der üblichen Weise geehrt. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom 1. Quartal. Bücher und Kasse wurden von den Revisoren in Ordnung befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Der Kartelldelegierte gab Bericht von den Kartellbesprechungen. Kollege Bauer sprach über die Selbsthilfe im Wohnungsbau. Kollege Kretschmar gab Bericht über seine Generalgerichtsklage gegen die Firma Schober. Nach öfteren Verhandlungen mußte Herr Schober seinen Verpflichtungen nachkommen, ihm ist nachgewiesen worden, daß die hiesige Tarifkommission doch in der Lage ist, auch komplizierte Fälle auszurechnen. Zur Sprache kam, daß Kollege Wundlich von dem Zentralvorstand vor kurzem unsere Zahlstelle besucht hat. Er ist in Begleitung des Vorsitzenden die Plätze durchgegangen. Es ist sehr erfreulich, daß einmal ein Mitglied der Zentrale die Zustände in Augenschein genommen hat. Öffentlich wird es beim Ausarbeiten des neuen Tarifes mit berücksichtigt. Die Kollegen wurden aufgefordert, das Ausfüllen der Steuerdeklaration nicht zu verpassen. In längerer Ausführung sprach ein Kollege über die jetzige Zeit, Religion und Religionsunterricht in den Schulen. Nachdem wurden Betriebsratsangelegenheiten besprochen. Beschlissen wurde, den Lokalbeitrag um 30 Pf. zu erhöhen. Nach Regelung einiger Klagenangelegenheiten und einiger örtlichen Fragen Schluß der Versammlung.

Rümbild. Am 10. 4. hielt die Zahlstelle im Waldhaus eine Versammlung ab, wozu auch sämtliche Kollegen von der Zahlstelle Gleichamerger erschienen waren. Auch war Gauleiter Kohle aus Würzburg anwesend. Er gab Bericht über die letzte Lohnbewegung und schilderte deren Schwierigkeit in jetziger Zeit. Durch seine zielbewussten Ausführungen brachte er manchen Kollegen wieder auf seine richtige Bahn, es wäre sehr zu wünschen, wenn Kollege Kohle des öfteren nach Rümbild käme. Zum Schluß machte Kollege Kirchner die Kollegen noch aufmerksam auf die schlechte Vertretung für die Arbeiter in der Ortskrankenkasse, es würde auch vom Vorsitzenden bestätigt, daß hier unbedingt eine Änderung ein-treten müsse.

Rundschau.

Aus unserm Beruf und Industrie. Achtzig Jahre alt wurde am 2. Mai der Steinmeh Peter Scherber in Kirchheim, beschäftigt bei der Firma Schilling. Er ist trotz des hohen Alters geistig und körperlich sehr rüstig und immer noch im Beruf tätig, nebenbei bemerkt auch ein treues Mitglied unseres Verbandes. Von diesem im mörderischen Steinmehberuf ganz seltenen Vorkommnis nehmen wir gern Notiz, denn drei Generationen der Steinmehnen hat dies hemooste Haupt kommen und gehen sehen und mit ihnen die Wechselwirkung im Steinmehhandwerk erlebt. Wohl alle Verbandsmitglieder wünschen ebenso wie die engeren Arbeitskollegen, daß der Kollege Peter Scherber noch lange Jahre sich seines Lebensabends erfreut.

Acht Tage zur Probe. In Wenningen am Meiser gibt es eine Firma Mensing, aus früheren Jahren als Verbandsgegner gut bekannt. Diese sucht Arbeiter und Steinmehnen; die sich Meldenden werden auf acht Tage zur Probe eingestellt. Die Entlohnung ist ebenfalls nicht ortsüblich nach Tarif. Diese „auf Probe-Manieren“ wollen wir dem Herrn, soweit es in unserer Macht steht, doch abgewöhnen. Arbeitssuchende Kollegen wollen für Verbreitung dieser Notiz Sorge tragen!

Gewerkschaftliches. Einen Erfolg des Zentralverbandes der Angestellten stellt ohne Zweifel der Ausgang der Reichswahlen zum Kaufmannsrat dar. Bis Mitte März sind im ganzen 1068 Mitglieder gewählt worden. Davon erhielt der Zentralverband der Angestellten (ZWA) 371 Sitze, der Gewerkschaftsbund der Angestellten (GBA) 226 Sitze und der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband (DGHV) 361 Sitze. Die restlichen 110 Sitze verteilen sich auf die verschiedenen örtlichen Verbände und vereinigten Listen. Verächtlichigt man dabei noch, daß ein ziemlicher Teil der Angestellten, z. B. Angestellte bei Behörden und Krankenkassen usw., die fast reiflos im ZWA organisiert sind, nicht zur Wahl zugelassen wurden, so wird man erst recht sagen müssen, daß der freigewerkschaftliche Gedanke die weitaus größte Zahl der Angestellten für sich gewonnen hat. Vergleicht man die jetzigen Wahlergebnisse mit den Wahlergebnissen der Vorkriegszeit, wo der ZWA zum Beispiel 1913 in München über 9 Sitze verfügte (jezt 23), 1913 in Leipzig über 4 Sitze verfügte (jezt 13), 1912 in Chemnitz über 2 Sitze verfügte (jezt 15), so hat man einen weiteren Beweis.

Mehr und mehr erkennen auch die Handlungsgehilfen, daß sie nur Lohnslaven des Kapitals sind, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung sie ebenso wie jeden Arbeiter zu einer Nummer degradiert. Trotz des Geschreies der Führer des DGHV, die auch jezt noch vom besondern Kaufmannsgehilfenstand fesseln, bricht sich bei allen Angestellten der Gedanke mehr und mehr Bahn, daß nur eine Einheitsfront der Kopf- und Handarbeiter in der Lage ist, den Kampf gegen das Unternehmertum aufzunehmen. Für die Handlungsgehilfen und Bureauangestellten beider Geschlechter kommt als gewerkschaftliche Organisation einzig der Zentralverband der Angestellten in Frage.

Zeugnisschwangerschaftsverfahren gegen einen Gewerkschaftsbeamten. Bezugsnehmend für den Geist, der gegenwärtig in unserer Rechtspflege herrscht, daß das Zeugnisschwangerschaftsverfahren jezt auch gegen Gewerkschaftsbeamte angewendet werden soll, um sie zu zwingen, die ihnen von den Mitgliedern anvertrauten Vorgänge preiszugeben. Ein solches Zeugnisschwangerschaftsverfahren ist gegenwärtig gegen einen Beamten des Bundes der technischen Angestellten und Beamten angewendet worden. Die genannte Organisation hatte eine Denkschrift verfaßt, in denen die Neuorganisation des Vernehmungsverfahrens gefordert wurde. Die sachverständigen Ausführungen hatten zur Folge, daß ihnen nicht etwa Rechnung getragen wurde, sondern daß die an der Erhaltung der rüchrichtlichen Zustände interessierten Kreise nachsichtig, welche Beamten etwaiges Material für diese Denkschrift geliefert hätten. Der Verdacht richtete sich in der Hauptsache gegen einen Beamten der Landesaufnahme. Es wurde deshalb gegen ihn ein Disziplinarverfahren eingeleitet und ein Gewerkschaftsbeamter des Bundes der technischen Angestellten und Beamten als Zeuge geladen. Selbstverständlich verweigerte der Beamte jedes Zeugnis mit der Begründung, daß eine Aussage über die Herkunft der Unterlagen

Einigen Vertrauensbruch der Organisation gegenüber ihren Mitgliedern bedeuten würde. Der Verweigerung der Zeugnisausgabe folgte sofort die Bestrafung des Zeugen mit 300 M. Geldstrafe oder 90 Tagen Haft, sowie die Verurteilung zur Tragung der verursachten Kosten. Gegen dieses Vorgehen ist selbstverständlich sofort Beschwerde eingelegt worden. Aber auch in der Öffentlichkeit muß mit allem Nachdruck gegen ein derartiges Vorgehen Protest eingelegt werden, das von einer vollkommenen Verkenntung der Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten zeugt.

Soziales. Ein neues „bahnbrechendes“ Heilverfahren zur Bekämpfung der Erstarrung der Atmungsorgane, ganz besonders geeignet zur „Heilung der Lungenschwindsucht“, soll nach einer Notiz, die jetzt die Kunde in den Tageszeitungen macht, das bekannte Prinzip der äußerlich wechselwarmen Wasserprozeduren sein, das mittels eines sinnreichen Apparates auf die Atmungsorgane übertragen worden ist. Durch einen äußerst einfachen, aber kunstvollen Apparat, den Johannes Bretschneider in Wilsdruff in Sachsen erfunden und konstruiert hat, kann den Atmungsorganen abwechselnd feuchte warme und kalte trockene Luft unter schwachem, genau abgestuhtem Ueberdruck zugeführt werden. Diese Heilmethode wird von der Wissenschaft nach seinem Erfinder „Bretschneider'sche Wechselatmung“ genannt. Die Erfahrungen, die von hervorragenden Fachärzten seit länger als sechs Jahren mit dem neuen Heilverfahren gemacht worden sind, haben die Voraussetzungen Bretschneider's voll bestätigt. Nach allem, was von hervorragenden Wertes erklart wird, wird diese Erfindung eine böllige Umwälzung in der Therapie der Atmungsorgane hervorbringen. In verschiedenen Kliniken, Sanatorien, Lungenheilanstalten soll es bisher erprobt sein mit günstigem Resultat. Im Interesse unserer kranken Kollegen wünschen wir sehr, daß die geschilderte Wirkung eines solchen Apparates. Leider hat sich bei solchen Empfehlungen fast immer herausgestellt, daß die Notizen in der Tagespresse nur Reklamezwecken dienen; darum stehen wir auch dieser Meldung mit Misstrauen gegenüber. Vielleicht kann einer unserer Leser aus praktischer Erfahrung in Heilanstalten über die Wirkung dieser „Wechselatmung“ näheres mitteilen?

„Warenhausdiebstahle“. In der Zeitschrift für Nervenkrankheiten bringt Stehner eine lehrreiche Arbeit über Warenhausdiebstahle. Unter den 50 weiblichen wegen des genannten Deliktes Angeklagten waren 28 (also mehr als die Hälfte) nicht normal veranlagte, psychopathische Konstitutionen. „Der Warenhausbetrieb ist heute, so heißt es, eine Art von Jahrmarkt, der große und kleine bedürftige und begehrliche Kinder anlockt, für den sich Hehlbänder organisieren, die vielfach auch Jugendliche in ihren Dienst stellen.“ Wäre somit das Warenhaus nicht, so würde die ganze Gruppe der sogenannten Warenhausdiebe fehlen. Und wäre der Kapitalismus nicht, so wäre die gesamte Zahl der Delikte bedeutend geringer. Das ganze sittliche Leben läßt sich so immer zurückführen auf die Wirtschaft, die die Quelle aller Bösen wie alles Guten ist. Und darum ist der Kampf gegen den Kapitalismus die erste sittliche Pflicht.

Kind und Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit, unter der das Proletariat heute so sehr leidet, ist nicht nur ein wirtschaftliches, sondern in hohem Maße auch ein kulturelles Problem. Das beweisen uns die Mitteilungen, die uns der Hamburger Schularzt Dr. Fürst hierzu gibt. Wie die Mittellosigkeit der Eltern einen großen Einfluß auf die Schultüchtigkeit der Kinder ausübt, so trägt in noch höherem Maße die Arbeitslosigkeit zu einer Herabminderung der Schultüchtigkeit bei. Die Verringerung der Arbeitslosigkeit ist somit ein hohes kulturelles Problem, von dessen Lösung zum nicht geringen Teile die geistige Entwicklung unseres Volkes abhängt.

Genossenschaftliches. Versäuberung der genossenschaftlichen Kräfte. In Dresden wurde eine „Wirtschaftsgenossenschaft sächsischer Siedler“ gegründet, die außer der gemeinsamen Verbreitung der von Mitgliedern geernteten gärtnerischen und landwirtschaftlichen Erzeugnisse und dem Handel mit solchen auch den Einkauf aller Lebens- und Wirtschaftsbedürfnisse in großen und kleinen auf die Mitglieder im Kleinen bezweckt, also eine Konsumgenossenschaft darstellt, obwohl in Dresden und Umgebung zwei der stärksten und leistungsfähigsten deutschen Konsumvereine seit Jahrzehnten segensreich wirken. In anderen Gegenden Deutschlands pflegen die Siedler sich an die nächste Konsumgenossenschaft zu wenden und sie zu veranlassen, in der Siedlung eine Warenabgabestelle zu errichten. Das ist rationell, was in Dresden gemacht wird dagegen ein Unfug, durch den sich die Siedler selbst an schwersten schädigen.

Aus der rheinischen Verbraucherkammer. Der erweiterte Vorstand der Verbraucherkammer in Köln fasste folgende Entscheidung: „Die Kammer legt gegen die Erweiterung des besetzten Gebietes und die Errichtung der Zollgrenze am Rhein, als den Bestimmungen des Versailler Vertrags zuwiderlaufend, einschleudernde Verwahrung ein. Die Ernennung eines Staatssekretärs für das besetzte Gebiet und die Erweiterung des parlamentarischen Beirats sind auch im Interesse der Verbraucher dringend erforderlich. Unsicherheit im Handel und in der Industrie, Arbeitslosigkeit im besetzten Gebiet und eine erhebliche Verteuerung und Verschlechterung der Lebenslage der breiten, minderbemittelten Volksschichten sind die unmittelbare Folge der neuen Maßregeln. Es ist Pflicht der Einwohner des besetzten Gebietes, die deutsche Wirtschaft nach Kräften zu unterstützen. Die rheinische Verbraucherkammer richtet daher an die gesamte Bevölkerung des besetzten Gebietes die dringende Aufforderung, nur deutsche Waren zu kaufen und alle nicht unbedingt lebensnotwendigen Waren ausländischen Ursprungs zurückzuweisen. Jedes Geschäft, das nicht-lebensnotwendige ausländische Waren zum Kauf anbietet, muß von allen Verbrauchern gemieden werden. Je nach der Risikoprüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse wird die Kammer weitere Maßnahmen treffen.“

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.
Ausschluß. Auf Antrag der Zahlstelle Wausberg wurde der Steinarbeiter Karl Klement wegen Schädigung von Verbandsinteressen ausgeschlossen.

Folgende Zahlstellen hatten bis zum 3. Mai die Abrechnung des 1. Quartals 1921 noch nicht eingeleitet:
1. Gau. Greifswald, Prenzlau, Waren.
2. Gau. Waldburg.
3. Gau. Schmalbalde, Sebnitz, Wermsdorf, Betswaldermühle.
4. Gau. Alvensleben, Eichershausen, Langelsheim, Reiffenhausen.
5. Gau. Grefeld, Endbach, Gruiten, Hölzenhausen, Langenau, Reitmarthe, Ruppach, Wülfrath.
7. Gau. Augsburg.
8. Gau. Geigenbrücken, Lengfurt, Nichtenfels, Obereschenbach, Schwebelried, Untereffelbach.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Quittung! Für die Mittweidaer Kollegen, die vom 17. Januar bis 22. Februar 1921 im Streit standen, sandten folgende Zahlstellen einen Zuschuß zur Unterstützung: Aue 400.— M., Kirchberg 500.— M., Neumark 50.— M., Frohburg 500.— M., Perrenhande 340.— M., Grottdorf 600.— M., Werbersdorf 450.— M., Pflaun 75.60 M., Kenig 360.— M., Geber 310.— M., Paul Hempel's Granulatwerke in Markersdorf 558.— M. Zusammen 4143.60 M. Die Mittweidaer Kollegen sprechen den Helfern hiermit herzlichsten Dank aus, sie werden in Zukunft in ähnlichen Fällen ebenso ihre Opferwilligkeit bekunden. Jos. Runge, Vorst.

Für Unterstützungen an die streikenden Kollegen der sächsischen Schotterindustrie gingen nachträglich ein: Striegau 1088.75 M., Ströbel 380.— M., Gäßlich 45.— M. Gau 2. Senft.

Wriezen. Durch unsozialistisches Verhalten der Gerswalder Steinmetzen W. S. und B. M. konnte ein Bezirksrat für unser

Gebiet nicht zustande kommen. Die Namen dieser beiden sogenannten Kollegen sind auf alle Fälle zu registrieren, sie arbeiten im Afford 12-15 Stunden. Die Bestrebungen der Organisation sind für sie Luft.

Quittung

über eingegangene Gelder vom 16. bis 30. April 1921.
Wingz 19.—, Guben 283.50, Königshain 819.55, Casserode 4654.80, Hemsbach 14 949.55, Hohenburg 3574.70, Gomburg 1145.90, Mündehagen 419.60, Neuforg 661.10, Millashausen 600.—, Ortenberg 2291.80, Oberaula 934.50, Möhndorf 564.97, Rottenburg 488.50, Rammelsbach 9000.—, Rinderbüren 172.80, Rauenberg 280.50, Seebach 261.90, Schraudenbach 251.—, Xrier 218.20, Weibersberg 66.10, Wiesbaden 215.80, Ulm 811.50, Unsen 903.80, Treudünglingen 1955.55, Spechtsbrunn 250.20, Rothenbach 630.50, Riesa 110.70, Ostritz 74.80, Mühlheim 616.—, Großsteinheim 362.—, Kupferberg 695.—, Hornberg 307.20, Gredelitz 890.60, Gauzenberg 4370.90, Schönenfurch 710.70, Girschsdorf 751.40, Fürstenwald 772.20, Effen 764.40, Elberfeld 182.70, Coburg 309.70, Cöln I 68.90, Braunlage 1822.40, Bülow 150.30, Bauen 3442.—, Bremen 570.60, Weuthen 786.10, Goldberg 337.50, Blankenburg Inf. 10.—, Koblenz-Dach 42.50, Altenburg 21.—, Genthin 35.—, Wittfod 15.—, Herbede 87.50, Raghelshausen 41.—, Saulgau 39.—, Lügen 24.50, Cottbus 17.50, Wellerode Inf. 10.—, Mauer 111.50, Dessau 347.40, Höpzingen 485.20, Zannowitz 995.—, Kirchberg 273.30, Al.-Steinheim 750.—, Siedelbrunn 472.70, Böblich 6115.40, Wahnitz 48.—, Wriezen 818.70, Westhofen 62.—, Stadtprojetten 272.90, Schirgiswalde 257.60, Rottenbauer 991.—, Ruhmannsdorf 1199.—, Roth, Dillk., 3110.50, Mayen 8956.98, Kesselbach 1025.30, Kiel 1271.50, Kappelrodt 2628.80, Ibbenbüren 180.90, Geinlau 1320.70, Greiffenberg 53.80, Nechtlingen 383.70, Freiburg 3319.40, Eberbach, Bd. 961.70, Dornrechenbach 4119.20, Reichenberg Inf. Inf. 28.—, Buchholz 20.—, Seide 31.—, Forbach 37.—, Vollenen 42.—, Pöcherwerda 35.—, Al.-Röhren 20.—, Seide 15.—, Ziegenhals Inf. 14.—, Arnsdorf 8794.90, Dornau 1498.20, Delfern 1432.—, Eberhardreuth 30.80, Kirchheim 3378.80, Königswalde 455.92, Marktbreit 145.60, Möhren 83.10, Neubau 937.60, Möhrenbach 417.40, Neuhäus 144.50, Meisen II 861.60, Alpenrod 2465.25, Aue 395.10, Oberwülfegiersdorf Inf. 12.—, Berggubern Inf. 36.—, Hamm 105.—, Landsberg a. W. 35.50, Senftenberg 17.50, Landstuhl 65.—, Bodenmöhre 20.—, Pörford Inf. 10.—, Sangerhausen Inf. 10.—, Dillingen Inf. 12.—, Wolfenbüttel 10.—, St. Goarshausen Inf. 12.40, Cöln II 952.80, Flob 3855.10, Kallernordheim 1684.25, Lengfurt 325.—, Neanderthal 1174.90, Nienstädt 462.60, Obmenndig 361.30, Reiffenhausen 524.20, Rammelsbach 12 244.50, Wellerode 1850.35, Wittweiba 1460.35, Solenberg 791.20, Hamburg 2400.—, Gierzhagen 1070.84, Gommern 5698.—, Gelfenkirchen 65.80, Demitz 24 955.60, Malchin 20.—, Dobrillug 25.—, Neustadt a. N. 120.—, Schwerin Inf. 28.—, Kirchenlamitz Inf. 12.—.

Nachfolgende Beiträge kommen erst im 2. Quartal zur Berechnung.
Wolpertshausen 29.—, Altenburg 5.—, Gubensberg 1657.80, Rembach 237.90, Moosbach 707.—, Selb 100.—, Wolgast 128.40, Offenbach, Dillk. 42.90, Crimmitschau 98.—, Reichenbach i. Rglt. 50.—, Büttelsdorf 35.—, Schramberg 32.50, Weißenstadt 28.60, Uckerath 898.90, Straßlau 108.80, Ostritz 45.50, Ring 1410.60, Langelsheim 330.60, Kleinfriedersdorf 3388.70, Rühberg 60.60, Königslutter 421.20, Sagenitz 985.10, Eichenach 653.40, Nienburg 14.—, Greßmühlent 14.60, Jallersleben 21.—, Fabelbach 20.—, Sieben Inf. 25.—, Dürheim 435.70, Gohmannsdorf 436.89, Leuschnitz 180.90, Osterholz 1882.10, Schupbach 2128.95, Niederramstadt 300.—, Bad Müling 137.50, Galsach Inf. 60.—, Flensburg 35.—, Friesen 18.50, Prettin 24.—, Zittau Inf. 10.—, Froberg 787.90, Kirn 3356.10, Rütchenbach 2678.20, Untereffelbach 888.90, Wünschelburg 59.90.

Denkmalfonds H. Staudinger:

Bereits quittiert 6916.80 M. Hordheim 20.—, Einbeck 30.—, Dortmund 25.—, Wünschelburg 50.—, Arnsdorf 50.—, Eberstedten 30.—, Steinach 100.—, Krefeld 20.—, Mosheim 30.—, Mühlberg 100.—, Moosbach 18.—, Selb 20.—, Kößfeld 20.—, Wenzlau 20.—, Breslau 50.—, Rembach 10.—, Würzen 100.—, Dürheim 40.—, Biechtach 10.—, Ea. 7659.80.

Ludwig Geist, Kassierer.

Adressänderungen.

- 2. Gau. Ströbel, Vorst.: Kaber Fisch.
- 4. Gau. Bennisgen a. Deister, Vorst. u. Kass.: Josef Leichten schlag. Gubensberg b. Cassel, Vorst. u. Kass.: Wilhelm Büchling. Duentel b. Cassel, Vorst. u. Kass.: Heinrich Fischer.
- 5. Gau. Offenbach, Dillkrei. Vorst. u. Kass.: Karl Becker. Roth, Dillkrei. Kass.: Willy Pfaff.
- 6. Gau. Kirchhausen. Kass.: Johann Moser, Kirchhoffstr. 1. Pörrheim. Kass.: Gotth. Spiegel, öfl. R. Friedrichstr. 73. Seebach, Vorst.: Alois Dichtl. Kass.: Josef Gündel. Tiefenstein. Vorst.: August Kolbe.
- 7. Gau. Reihem, Niederbayern. Kass.: Franz Ertl, E. 60.
- 8. Gau. Friedenhausen a. M. Vorst.: Valentin Eibert.

Briefkasten.

Kirchhjn. Nr. Keine mehr vorhanden.

Neue Bücher, Zeitschriften usw.

Viktor Ishernow: Meine Schicksale in Sowjet-Rußland. Aus der russischen Handchrift überfetzt von Elias Hurwitz. Herausgegeben von der Gesellschaft „Aufbau und Werden“. „Der Firt“-Verlag, Berlin W 35. Preis 9.50 M.

Gewerkschaftliche Probleme. Beiträge zu den neuen Aufgaben der Gewerkschaften von Karl Wing. Verlag von J. G. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart. Preis 5 M.

Inhaltsverzeichnis: Vorwort. I. Die neue Sachlage durch die Revolution. II. Gewerkschaften und Käte-Idee. 1. Vom Wesen und Inhalt der Käte-Idee. 2. Die Aufgaben der Betriebsräte. 3. Das Produktionsproblem. 4. Methodik und Bildungsfrage. 5. Wirtschaftsdemokratie — Wirtschaftsbürger — Staatsbürger. 6. Idee und Wirklichkeit. III. Die Arbeitsgemeinschaften. 1. Vom Tarifvertrag der Arbeitsgemeinschaft. 2. Entwicklung der Arbeitsgemeinschaften. 3. Die Arbeitsgemeinschaft als gewerkschaftliches Problem. IV. Fragen der Organisationsform. 1. Die freien Gewerkschaften. 2. Der Syndikalismus. 3. Der Gildensozialismus. V. Gewerkschaften und Politik. 1. Die Verknüpfung des Parlamentarismus. 2. Politischer und wirtschaftlicher Parlamentarismus. VI. Das Lohnproblem. 1. Notwendigkeit der Reform des Lohnsystems. 2. Die Verengung der Lohnsteile. 3. Feststellung des Existenzminimums. 4. Die Vorteile des neuen Systems. a) Vom Standpunkt der Volkswirtschaft. b) Vom Standpunkt der Gewerkschaften. VII. Der deutsche Arbeiterkampf der Zukunft. Anhang.

Die vorliegende Arbeit stellt sich das Ziel, in kurzen Abrissen die wichtigsten der heute die Gewerkschaften bewegenden Probleme zu behandeln.

„Die Krise in der Kaliindustrie“ vom Steiger Werner. (Preis 3.50 M.) Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.

„Ausbau der Kinderfürsorge durch die Gemeinde“ von Dr. Selma Schöber-Nowed. (Preis 2.75 M.) Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.

Verammlungs-Anzeige.
Kein Mitglied soll fehlen.
Rostock, Mittwoch, den 11. Mai, abends 7 1/2 Uhr, Verammlung in der Philharmonie.

Anzeigen

Entwürfe, Alphabete, Verzierungen und Grabmalsschriften
zeichnet Franz Siegler, Bildhauer, Gießen (Hessen).
Schriftenmuster 3 M. Voreinsendung.

Wehrs Steinhauerbürsten
Rehbachstifte, runde, Maßstäbe liefert fortwährend jedes Quantum
G. Wehr, Steinhauer, Neustadt-Aisch, Bayern.
Bei Anfragen Rückporto erwünscht.

Mehrere tüchtige Steinmetzen
für dauernde Stellung bei hohem Lohn sofort gesucht, Kost und Logis vorhanden. **C. Menzel, Steinwerk, Ruhland.**

Tücht. erfahrener Steinhauer
in allen vorkommenden Arbeiten der Sandsteinbranche bewandert, sucht Stellung (am liebsten in der Pfalz) als Steinbauerpolier oder Bruchmeister. Würde auch in kleineren Steinbruchbetrieb als Teilhaber eintreten. Angeb. unter **E. K.** postlagernd **Bergzabern** (Pfalz).

Zum Bedienen der **Marmor-Plattensäge** wird intelligenter, flotter Mann, der die Vorarbeiten durch und durch kennt, in kleineren Betrieb als **Vorarbeiter** dauernd für sofort gesucht. Ellangebote an **Fr. Schulze, Inh. A. à Brassard, Halle a. d. Saale.**

Tüchtige Sandsteinmetzen
stellen sofort ein
C. & P. Quirbach, Betzdorf (Sieg).

Tüchtiger Steinmetz
in allen Grabsteinarbeiten, auch Granit bewandert, für dauernd gesucht. Kost im Hause. **P. Casper, Jarmen in Pommern.**

Granitsteinhauer mit sämtlichen Arbeiten vertraut, gesucht. Stundenlohn 6 Mark. *Nur erste Kräfte kommen in Betracht.*
Granit- und Diabaswerke Baumholder, Paul Burger, Ing. Baumholder, Reg.-Bez. Trier

2 tüchtige Steinmetzen
auf Muschelkalk und harten Sandstein bei hohem Lohn für dauernd gesucht. **Herm. Döhring, Forst (Lausitz)**

Einige auf Odenwald-Syenit eingearbeitete Steinhauer
sofort gesucht.
Granit- und Syenitwerke Frohmann & Co., Reinheim i. Odenwald.

2 Steinmetzen für sofort auf Kunststeinarbeit gesucht. Stundenlohn 6.10 Mark.
S. Linke, Herford.

2 tüchtige Steinmetzen
auf Sandstein für Kriegerdenkmäler gesucht.
Oskar Fliege, Perleberg, Reg.-Bez. Potsdam.

Mehrere tüchtige Steinmetzen
sowie Hand- und Maschinenschleifer
für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.
Hans Wieser, Granit- u. Syenitwerk, Martinlamitz Bhf. I. Fichtelgeb.

Gesucht auf **Steinmetz** für Kunststein sofort ein
H. Wille & Co., Osternburg b. Oldenburg

Tüchtiger Granit-Steinmetz
gesucht. Dauernde Arbeit.
Granitwerk Wersau b. Reinheim (Hessen).

Gesucht zwei geübte Marmor Schleifer
(Zungesellen). Nur schriftliche Angebote.
Fr. Wachsmuth, Bremen, Auf den Häfen 12-15.

Suche für meine Granitschleiferei gutes, **dunkles lausitzer oder Odenwälder Rohmaterial**, welches frei von Adern und Flecken ist, laufend zu kaufen. Ich kaufe oder pachte auch einen solchen Bruch, würde evtl. auch einem strebsamen Fachmann Kapitalien zur Öffnung eines derartigen Bruches zur Verfügung stellen. **Hans Ritzmann, Granitwerk, Rostock i. M.**

Auf Grabstein suche tüchtigen Steinmetz
wenn auch im Schriftbau und Verz.-Arbeiten bewandert, bevorzugt.
Stundenlohn 6.— M., auch eventuell mehr.
Aug. Ritter, Groß-Lafferde i. Hann.

Steinmetzen
auf **Wesselberger Sandstein**
bei hohem Lohn und für dauernde Arbeit gesucht. Unterkommen und Verpflegung günstig.
Fritz Schneeberg, Althenhagen I bei Springe.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik einigetragen werden.)
In Kleinrinderfeld am 29. März der Brecher **Josef Hüller**, 36 Jahre alt, Lungentzündung.
In Eigershausen am 11. April der Pfastersteinmacher **Konrad Umbach**, 27 Jahre alt, Gehirnschlag.
In Weucha am 17. April der Pfastersteinarbeiter **Fr. Alfr. Froberg**, 20 Jahre alt, Gasvergiftung.
In Gierhagen am 19. April der Pfastersteinmacher **Gottfried Fuchs**, 53 Jahre alt, Speiseröhrenkrebs; am 23. April der Schiebsmeister **Wilhelm Kolb**, 67 Jahre alt, Betriebsunfall.
In Miltenberg am 22. April der Sandsteinmetz **Franz Brahm**, 42 Jahre alt, Herzmaßerkrankung.
In Treuchtlingen am 23. April der Steinmetz **Wilhelm Stöhr**, 81 Jahre alt, an den Folgen seiner Kriegsverletzung.
In Kiefernfelden am 27. April der Marmorsteinmetz **Max Reibl**, 89 Jahre alt, Lungentuberkulose.
In Rindnach am 27. April der Hilfsarbeiter **Josef Weimann**, 26 Jahre alt, Unglücksfall im Betrieb.

Verantwortliche Schriftleitung: **Hermann Siebold**, Verlag von **Ernst Winkler**, beide in Leipzig.
Gedruckt in der „Freien Presse“, Leipzig.